

Protokoll der ordentlichen Einwohnergemeindeversammlung

Datum	Montag, 4. März 2024, 19.30 Uhr
Ort	Pfarrzentrum, St. Urban-Strasse 8
Vorsitz	Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin
Protokoll	RA lic. iur. Bruno Peter, Stadtschreiber
Traktanden	A. Eröffnung der Versammlung B. Traktanden 1. Bericht des Stadtrats zum Sonderkredit für die Erweiterung der Primarschule St. Martin, Urnenabstimmung vom Sonntag, 9. Juni 2024 2. Beschlussfassung über die Gemeindeinitiative zur Einführung eines Stadtparlaments in Sursee 3. Umfrage 4. Verschiedenes C. Abschluss

A. Eröffnung der Versammlung

1.2 Begrüssung

Die Stadtpräsidentin Sabine Beck-Pflugshaupt begrüsst die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Sursee, die Vertretungen aus Presse, Geschäftsleitung und Verwaltung der Stadt Sursee und die Gäste zur ausserordentlichen Einwohnergemeindeversammlung.

Eröffnung

Die Stadtpräsidentin eröffnet die Versammlung mit folgenden Feststellungen:

- dass die Einladung rechtzeitig erfolgte (mindestens 3 Wochen vorher),
- dass die Traktandenliste fristgerecht und vollumfänglich publiziert wurde,
- dass die Botschaft fristgerecht zugestellt worden ist,
- dass das Stimmregister bei der Stadtverwaltung zur Einsicht auflag,
- dass dem Stadtrat bis zwei Wochen vor der Versammlung keine Anfragen zum Traktandum «Umfrage» zur öffentlichen Stellungnahme durch den Stadtrat eingereicht wurden.

Aus der Versammlung werden zu diesen Feststellungen keine Einwände erhoben.

Die Stadtpräsidentin bittet einleitend, sämtliche Wortmeldungen über ein Mikrofon abzugeben. Damit kann die Abfassung des Protokolls sichergestellt werden. Diese Tonbandaufnahmen werden nach der Unterzeichnung des Protokolls gelöscht.

1.3 Versammlungsbüro

Das Versammlungsbüro wird wie folgt bestellt:

Mitglieder von Amtes wegen:

Präsidentin (§ 100 StRG):	Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin
Protokollführer (§ 101 StRG):	RA lic. iur Bruno Peter, Stadtschreiber

Stimmzählerinnen und Stimmzähler:

Auf Vorschlag der Vorsitzenden wählt die Versammlung durch stillschweigende Zustimmung (alles Mitglieder des Urnenbüros):

- Bernadette Aregger, Die Mitte
- Franziska Dober, Die Mitte
- Gerold Fischer FDP
- Harald Hächler, SVP
- Alexandra Müller-Studer, Die Mitte
- Philipp Oberson, FDP
- Bruno Schwaller, Grüne
- Stephan Staffelbach, Grüne

Die Stadtpräsidentin stellt die Stadtratsmitglieder wie folgt vor: Urs Koch, Finanzvorsteher; Jolanda Achermann Sen, Sozialvorsteherin; Romeo Venetz, Bauvorsteher; Heidi Schilliger Menz, Bildungsvorsteherin; Bruno Peter, Stadtschreiber. Ebenfalls begrüsst die Stadtpräsidentin die Geschäftsleitung Stadt Sursee.

Weitere Sachverständige:

Marcel Specker, Landschaftsarchitekt

Nathanaël Chollet, NYX Architekten

Philipp Calivers, Rektor Stadtschulen

Hans Schmid, Ressortleiter Bau und Umwelt

Den Mikrofon-Job übernehmen Ramon Albisser und Yasmin Caspani, Lernende der Stadtverwaltung.

1.4 Teilnahme- und Stimmberechtigtenkontrolle

Die Vorsitzende stellt fest, dass teilnahme- und stimmberechtigt ist, wer

- das 18. Altersjahr vollendet hat;
- in der Stimmberechtigung nicht eingestellt ist;
- seit dem 28. Februar 2024 in der Stadt Sursee gesetzlich geregelten Wohnsitz hat.

Die Vorsitzende fragt die Versammlung an, ob sich nicht-teilnahmeberechtigte Personen im Versammlungsraum aufhalten. Nicht-stimmberechtigte Personen sollen in dem dafür vorgesehenen Sektor Platz nehmen.

Vertretung Presse:

- Flavia Rivola, Surseer Woche AG
- Daniel Zumbühl, Surseer Woche AG
- Jonas Hess, Luzerner Zeitung
- Evelyne Fischer, Schweizer Radio und Fernsehen SRF
- Andreas Troxler, trechter.ch

1.5 Versammlungsteilnehmende

Die Stimmzählenden haben die Versammlung mit folgendem Ergebnis abgezählt:

Teilnahmeberechtigt gemäss Stimmregister	7'325
Teilnehmende gemäss Abzählung	465
Absolutes Mehr	233
Anwesende in Prozent	6.35

1.6 Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste, welche die Vorsitzende gemäss Titelblatt eröffnet hat, werden keine Einwände erhoben. Somit gilt die vorliegende Traktandenliste als genehmigt.

B. Traktanden

1. Traktandum

Sonderkredit für die Erweiterung der Schule St. Martin

1.1 Einleitung

Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin

Wortübergabe an die Bildungsvorsteherin.

1.2 Informationen und Begründung

Heidi Schilliger Menz, Bildungsvorsteherin

2014 hat der Stadtrat im Rahmen einer umfassenden Schulraumplanung zusammen mit umliegenden Gemeinden erkannt, dass ab ca. 2022 mehr Schulraum benötigen wird, sowohl für Kindergarten / Primarschule wie auch für die Sekundarstufe. Nach intensiven strategischen Überlegungen fiel der Entscheid auf den Neubau des Sekundarschulhauses beim Zirkusplatz. Dieses für die Region gebaute Schulhaus verfügt künftig über gewisse Raumreserven, welche in einer Übergangszeit bei Raumknappheit auch für die Primarschule zur Verfügung gestellt werden kann. Umgekehrt wäre dies so nicht möglich gewesen. Am Standort St. Martin besteht bereits ein Schulhaus mit aktuell 45 Kindergarten- und Primarschulklassen an drei verschiedenen Standorten. Die aktuellen Schulraumkapazitäten reichen noch für das laufende Schuljahr. Ab Schuljahr 2024/2025 wird es eng, aber mit guter Organisation kann dies überbrückt werden. Ab Schuljahr 2025/2026 wird zusätzlicher Schulraum benötigt. Im Schulhaus St. Martin sind zurzeit acht Schulklassen (Kindergarten und Primar) sowie neun weitere Klassen und die Tagesstrukturen untergebracht. Der ganze Komplex, bestehend aus Pavillons aus dem Jahre 1978, stand schon mehrmals zur Diskussion, dass dieser abgerissen werden und durch zeitgemäss Bauten ersetzt werden soll. Hinter dem Retentionsbecken sind Container untergebracht, die aufgestellt wurden, weil zu wenig Schulraum vorhanden war. Diese Container sind ursprünglich vom Schulhaus Kotten gezügelt worden. Dieses Provisorium ist grösser als das bestehende Schulhaus und dieses soll nun durch die geplanten Neubauten ersetzt werden.

Informationen zu Situation und Projektwettbewerb gemäss Folien 5, 6

Informationen zum Projekt konkret gemäss Folie 7

Informationen zur Setzung der Baukörper gemäss Folie 8

Informationen konkret zum Schulhaus gemäss Folien 9, 10, 11, 12

Eine Aufstockung um weitere vier bis acht Klassenzimmer ist möglich, mit gleicher Gliederung. Ein wichtiger Aspekt im Hinblick auf das grosse Wachstum in Sursee. Grosse Flexibilität ist mit dem geplante Raumkonzept in Zukunft gewährleistet. Das Untergeschoss wurde nicht vollumfänglich unterkellert, dies als Sparmassnahme. Die Garderobensituation lässt viel Spielraum offen, um ebenfalls flexibel zu bleiben. Ein Schulhaus mit robusten, langlebigen Materialien und zugleich freundlich, hell und mit viel Holz und Glas sowie einem gegossenen und dauerhaften Boden. Die Heizwärme für die ganze Anlage erfolgt vom Netz der Wärmeverbund Sursee AG. Ein Kühlregister sorgt im Sommer (nicht extrem) für ein angenehmes Raumklima während des Unterrichts. Es wird keine gesamtheitliche Zertifizierung angestrebt. Der Neubau wird in Anlehnung an den Minergie- und Minergie A-Eco-Standard geplant, Analog Neubau Sekundarschulhaus. Abweichungen zum Standard Minergie A-Eco werden transparent kommuniziert. Ein nachhaltiges und verantwortungsvolles Haus, welches auch

energetisch und den verschiedenen Anforderungen entspricht und bei welchem voll und ganz dahintergestanden werden kann. Auf die neuen Dächer kommen Photovoltaikanlagen. Geprüft wird die Erweiterung auf bereits bestehende Gebäude. Dies passiert via Kontrakten, analog Sekundarschulhaus und weiteren Gebäuden der Stadt Sursee. Diesbezüglich wurden bereits gute Erfahrungen gemacht.

Informationen zum Mehrzweckgebäude gemäss Folien 13, 14, 15, 16

Im Erdgeschoss untergebracht ist ein Mehrzweckraum für übergreifende Klassenprojekte, Schul- und Elternanlässe, Musikraum, Benützung durch Quartiere und Vereine. Das Mehrzweckgebäude wird nicht unterkellert, dreistöckig und ebenerdig gebaut. Im Untergeschoss wurde geprüft die Wärmezentrale der Wärmeverbund Sursee AG einzuquartieren. Aufwändige Abklärungen, welche sich schlussendlich nicht bewährt haben bezüglich Emissionen und dem Sicherheitsaspekt. Die wöchentlichen Zu- und Wegfahrten für Schnitzel oder Pellets und Abtransport der Asche mit grossen Lastwagen. Ein weiterer Grund ist der grosse Kamin, welcher diesbezüglich errichtet werden müsste. Ob dies die nötige Akzeptanz erhalten hätte, ist fraglich. Die Wärmezentrale Sursee AG wurde inzwischen fündig und im hinteren Beckenhof, ganz in der Nähe des Schulhauses, kann eine Wärmezentrale erstellt werden.

Informationen zu Aussenraum / Erschliessung gemäss Folie 17

Aufgrund des Rückbaus Pavillon entsteht viel Platz für das dort geplante Mehrzweckgebäude. Die Bewaldung bleibt bestehen. Der Naschgarten, ein wichtiges Element im St. Martin, wird nach der Bauphase neu ins Zentrum der Anlagen verlegt. Angedacht ist eine Mobilitätsstation mit E-Bikes, Lasten- und Transportvelos, mit einem Elektroauto inkl. Ladestationen. Diesbezüglich ist man in Verhandlung mit der Albert Koechlin Stiftung. Diese Stiftung finanziert solche Mobilitätsstationen mit bis zu 200'000 Franken für den Aufbau und Kauf solcher Fahrzeuge und deren Unterhalt. Eine gute Sache, nicht zuletzt auch für das Quartier und die ganze Bevölkerung. Der heute bestehende Spielplatz, welcher sehr begehrt ist, wird es sicherlich wieder geben. In welcher Form ist zum heutigen Zeitpunkt noch nicht klar. Man ist bestrebt, mit Einbezug des Landschaftsarchitekten, nach guten Möglichkeiten zu suchen. Vorgesehen ist auch ein zweiter Hartplatz. Diese Anlage wird die grösste Schulanlage in Sursee. Genügend Spiel und Sportplätze sollen auf der neuen Anlage geschaffen werden, für die Schüler und Schülerinnen, aber auch für Vereine und die Bevölkerung.

Bemerkungen und Informationen zur Etappierung gemäss Folie 18, 19, 21

Warum wird in zwei Bauetappen gebaut? Aufgrund der Finanzstrategie müssen die Investitionen auf mehrere Jahre verteilt werden. Aus finanztechnischem Aspekt wird dies so geplant, dass über eine längere Frist die nötigen Finanzen geplant werden können. Sicherheit und Lärmemissionen während der Bauphase können besser gewährt werden, wenn nicht alles miteinander gebaut wird. Der Schulbetrieb kann weiterlaufen und die Pavillons stehen zur Verfügung für die Tagesstrukturen und als Schulraum. Mit dem Bau des Mehrzweckgebäudes kann noch etwas zugewartet werden, weil dort zurzeit noch etwas mehr Spielraum besteht. Das Schulhaus wird dringender gebraucht. In wenigen Jahren platzt auch der benötigte Turnraum aus allen Nähten. Die Tagesstrukturen können nicht ins neue Sekundarschulhaus verlegt werden. Kindergartenkindern kann nicht zugemutet werden, jeweils am Morgen und/oder über den Mittag ins Sekundarschulhaus zu den Tagesstrukturen und wieder zurückzulaufen. Wird das vorliegende Projekt in zwei Etappen erstellt, können die Tagesstrukturen weiterhin in den Pavillons geführt werden und anschliessend in den Neubau einziehen.

Informationen zu Investitionskosten, Zeitplan, Folgekosten, Meilensteine gemäss Folien 19, 20, 21, 22, 23

Die Investitionskosten für das Gesamtprojekt gerechnet mit einer Kostengenauigkeit von +/-12 Prozent. Nach wie vor werden weitere Kosteneinsparungen geprüft. Nicht vergessen darf man die zu erwartenden Folgekosten, welche so eine Investition mit sich bringen. Die entsprechenden Kosten sind gut berechnet, man will keine bösen Überraschungen erleben. Stadtrat und Bildungskommission sind überzeugt, mit dem neuen Standort für den Ersatzbau im St. Martin eine Primarschulanlage zu haben, mit welcher der ganze Standort gestärkt wird. Das Gebäude ist funktional und kostenbewusst geplant. Die Kosten sind mit ähnlichen Projekten an anderen Orten absolut vergleichbar. Die Grösse und Vielfältigkeit der Umgebung sind nicht nur für den Schulbetrieb einen Mehrwert, sondern auch für die Quartiere, Vereine und auch für die Bevölkerung der Stadt Sursee. Wo man sich gerne aufhalten wird. Der Schulraum wird nicht nur aus räumlichen Verhältnissen heraus notwendig, sondern auch die pädagogischen Möglichkeiten, welche durch den Neubau erschlossen werden, sind reichhaltig und eine wichtige Investition in die Zukunft und in die Bildung unserer Kinder.

1.3 Abklärung Eintreten

Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin

Die Vorsitzende fragt die Versammlung an, ob Nichteintreten beantragt wird. Dies ist nicht der Fall. Somit ist Eintreten stillschweigend beschlossen und dieses Geschäft wird an die Urne überwiesen.

1.4 Stellungnahme Controlling-Kommission

Stefan Gautschi, Präsident Controlling-Kommission

Die Schulraumplanung ist eine wichtige Aufgabe und ein Instrument, um zum richtigen Zeitpunkt den Klassenbestand und der nötigen Anzahl Schulzimmer für die Zukunft zu planen. Mit vorausschauender Analyse und durchdachter Einschätzung wird der Franken langfristig und richtig investiert. Für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürgern von Sursee ist klar, dass unsere Bildung der einzige und darum wichtige Rohstoff der Schweiz ist. Es stellten sich vorab folgende Fragen: Braucht es die Erweiterung Primarschulhaus St. Martin? Ist der zukünftige Standort für diesen zusätzlichen Schulraum am richtigen Ort? Müssen wir so viel Geld ausgeben für die zusätzlichen Schulzimmer und Turnhalle? Wieso werden so viele Provisoren benötigt? An zwei gut vorbereiteten Sitzungen wurde die Controlling-Kommission von Heidi Schilliger Menz, Bildungsvorsteherin und Hans Schmid, Ressortleiter Bau und Umwelt, über den zwingenden Bedarf, Ziel und Herausforderungen sowie Kosten vom Erweiterungsbau Schulhaus St. Martin orientiert. Die Controlling-Kommission hält nach interner Diskussion an folgenden Tatsachen fest: Der zusätzliche Schulraum wird für die Zukunft nötig und ist auf die Bevölkerungsentwicklung abgestimmt. Die Erweiterung Primarschulhaus St. Martin wird am Ort gebaut, wo künftig der Siedlungsdruck von Sursee entsteht. Erweiterung, Architektur und Grösse der Neubauten wird gut in die bestehenden Bauten, Areal und in das bestehende Quartier eingebunden. Der geplante Schulraum ist zeitgemäss und aus pädagogischer Sicht gut aufgebaut. Der Neubau kann nachträglich aufgebaut werden, dies nach wie vor ein sehr wichtiger Punkt. Nach Optimierung der ersten Ideen wurden die Kosten in mehrere Etappen und auf mehrere Jahre verteilt. Dadurch kann diese Herausforderungen mit der Finanzstrategie vereinbart werden. Der aktuelle Pavillon und die Provisorien sind am Ende des Projektes demontiert und zurückgebaut und anschliessend können sie verkauft oder weiterverwendet werden. Der jährliche Energiebedarf dieser Erweiterungen wird ökologisch mit einer Photovoltaikanlage und Fernwärmezulieferung aus Holz gedeckt. Total sind neu 42 bewirtschaftete Parkplätze für Autos. Zwingend ist vor allem, dass Besucher von Vereinsanlässen und Trainings mit ÖV oder Velo anreisen. Die Umgebung soll durch die Bevölkerung genutzt werden. Durch den neu geplanten Mobilitätsstandort können Quartierbewohner von einem engen Angebot profitieren. Autos können clever geteilt werden. Die Controlling-Kommission dankt der Verwaltung und dem Stadtrat herzlich für die ausführlichen Informationen in Wort und Schrift und empfiehlt den Bürgerinnen und Bürgern von Sursee diesem Sonderkredit von 30,665 Millionen Franken zuzustimmen.

1.5 Stellungnahme der Parteien und Stimmberechtigten

Esther Schönberger, Die Mitte

Das Projekt für die Erweiterung Primarschulhaus St. Martin ist der Mittepartei an der Versammlung vom 30. Januar 2024 von Stadträtin Heidi Schilliger Menz vorgestellt worden. Stadt und Region Sursee boomt. Dies hat zur Folge, dass durch die Zunahme der Bevölkerung gleichzeitig auch die Schülerzahlen ansteigen. Im Schuljahr 2023/2024 haben 1350 Schülerinnen und Schüler in 76 Klassen Stadtschulen Sursee besucht. Im Bereich Kindergarten/Primarschulen werden gemäss Prognosen die Schülerzahlen von heute 808 Lernenden bis im 2030 auf 904 Lernende ansteigen. Der Standort neues Primarschulhaus wurde durch Spezialisten in Arbeitsgruppen in einem mehrjährigen Prozess analysiert und ein entsprechender Bericht wurde erstellt. Die Evaluation hat ergeben, dass am Standort St. Martin ein Erweiterungsbau für 14 Klassen inkl. Tagesstrukturen und Einfachturnhalle gebaut werden soll. Nach dem Rückbau der berühmten Pavillons und Container-Trakt können auf dem Areal im Neubau zusätzlich 5 Klassen unterrichtet werden. Das neue Gebäude könnte das Potenzial auch später nochmals um 8 Schulzimmer aufstocken, ohne das heutige Budget übermässig zu belasten. Die Mitte findet das vorliegende Projekt ausfolgenden sechs Gründen wichtig: Es ist bedarfsgerecht im Hinblick auf die wachsenden Schülerzahlen. Es ist pädagogisch, städtebaulich und auch architektonisch gelungen. Es ist funktional, effizient, nachhaltig, sodass die heutigen und künftigen betrieblichen Anforderungen optimal erfüllt werden können. Es ist zukunftsorientiert, da die Auswahl der Baumaterialien sowie die Ausführungen für die Gebäude in Anlehnung an Minergie- und Minergie A-Eco-Standard geplant sind und eine mögliche Aufstockung um ein weiteres Geschoss bautechnisch möglich ist. Es ist umweltverträglich, da die Heizung der Gebäude mittels Fernwärmeverbund Sursee AG sowie in einer späteren Phase auch die Dachflächen der bestehenden und neuen Gebäude mit Photovoltaikanlagen bestückt werden können. Auch gibt es Mobilitätsstationen zur Förderung von abgasfreier Mobilität. Das Projekt für 30,665 Millionen Franken ist finanziell tragbar, weil etappiert gebaut wird und die Investitionen auf mehrere Jahre verteilt werden. Nach Abschluss im 2029 verfügt die Stadt Sursee über Anlagen, welche modern und wichtig sind. Die Kosten für das Schulhaus und Mehrzweckgebäude betragen 805 Franken pro m³. Dies absolut vergleichbar mit ähnlichen Projekten. Zudem besteht für die Öffentlichkeit die Infrastruktur von Mehrzweckhaus und Turnhalle am Abend oder Wochenende zu nutzen. Die Mitte Sursee dankt dem Stadtrat und der Stadtverwaltung und allen Beteiligten Personen für die geleistete Arbeit an diesem Projekt. Die Mitte beantragt den Stimmberechtigten auf das Traktandum einzutreten und an der Urnenabstimmung vom 9. Juni 2024 diesem Sonderkredit von 30,665 Millionen Franken für die Erweiterung der Primarschule St. Martin zuzustimmen.

Joachim Cerny, FDP

Die FDP schliesst sich den Ausführungen von Esther Schönberger, Die Mitte, an. Inhaltlich gibt es zu diesem Projekt definitiv nichts mehr zu bemängeln. Nach der vollständigen Kenntnisnahme der finanziellen Etappierung und die Möglichkeit die neuen Gebäude bei Bedarf aufzustocken, stimmt die FDP dem Antrag des Stadtrats vollumfänglich zu. Allen sollte bewusst sein, dass auch bei einer Etappierung der Kosten für die Zukunft Abschreibungen anfallen. Die finanzielle Beweglichkeit für weitere Projekte sind in Zukunft mit diesen 30 Millionen Franken begrenzt. Die FDP empfiehlt der Versammlung auf dieses Traktandum einzutreten und an die Urne zu überweisen und dort mit einem Ja abzustimmen.

Judith Studer, Grüne

Bei solch einem wunderschönen, luftigen und wohnlichen Projekt, wer würde nicht gerne auch wieder zur Schule gehen? Diese Atmosphäre als Lernende nutzen zu dürfen. Die Grünen Sursee haben sich intensiv mit diesem Projekt auseinandergesetzt. Es steht für Schulraumentwicklung, welche dem stetigen Wachstum von Sursee gerecht wird. 400 Kinder kommen täglich fünf Tage pro Woche auf dieses Areal. Sie treffen sich dort und leben zusammen. Das dies gelingt, auch für einen respektvollen

Umgang miteinander, braucht es entsprechende Rahmenbedingungen. Wir haben ein luftiges, offenes und lichtdurchflutetes Projekt kennengelernt. Das Material aus Holz sorgt für ein angenehmes Raumklima und eine gute Atmosphäre. Dieses Projekt trägt der gesellschaftlichen Veränderung Rechnung. Tagesstrukturen bekommen mehr Platz, Raum und werden gut ausgebaut. Besonders bemerkenswert finden die Grünen die Mehrfachnutzung, welche angestrebt wird. Welche in der Mehrzweckhalle, Aula und anderen Räumlichkeiten gewährleistet wird. Es soll ein Treffpunkt für das Quartier und die Umgebung entstehen, Platz für Begegnungen. Besonders Grün ist dieses Projekt herübergekommen. Dies imponiert den Grünen besonders. Der ökologisch aufgewertete Aussenraum spricht an. Eine vielfältige Flora wird angestrebt mit möglichst wenig versiegelten Flächen. Der Naschgarten fällt weg, hat aber erfreulicherweise einen neuen Platz gefunden. Die neuen Räumlichkeiten tragen Rechnung für eine zukunftsgerichtete Unterrichtsform. Die positive Zusammenarbeit im Planungsteam wird ausdrücklich erwähnt. Es ist möglich gewesen über Sonneneinstrahlung, Schattenwurf, Fenster im Gangbereich konstruktiv miteinander Verbesserungen anzustreben. Ein beliebter Verkehrsgarten wurde angesiedelt und die Grünen hoffen, dass dieser einen Ersatzplatz erhält im Raum Sursee. Die Grünen finden dieses Projekt ein tolles Projekt. Es schafft ein heimeliger und grüner Ort zum Arbeiten, zum Lernen und zum Zusammensein.

Beni Rindlisbacher, SP

Der Bedarf für das Schulhaus ist gegeben. Gefallen findet man an den vielen Photovoltaikanlagen auf den Dächern. Der Bau ist aufwärtskompatibel gestaltet. Viel Holz, auch lokales Holz. 14 neue Schulräume und eine neue Turnhalle. Wir brauchen eine gute Bildung. Einsparungen beim letzten Planungsschritt werden von der SP sehr begrüsst. Der Erhalt vom Naschgarten wird ebenfalls sehr begrüsst. Die SP Sursee hat mit klarer Mehrheit diesem Projekt zugestimmt und überweist dieses Projekt an die Urne mit Empfehlung an die Bevölkerung mit Ja abzustimmen.

Mario Cozzio, GLP

In die Bildung könne man fast nicht genug investieren. Das gleiche gilt auch für die Demokratie. Die GLP unterstützt dieses Projekt ohne grosse Vorbehalte. Der mögliche Antrag der Grünen zur Streichung von zusätzlich geplanten Parkplätzen wird von der GLP nicht unterstützt. Auch wenn man selber keine autofreundliche Partei ist, ist man der Meinung, dass Parkplätze der Realität entsprechen. Autos können nicht einfach weggedenkt werden. Der Dank geht an alle Beteiligten der Botschaft, allen im Projekt involvierten. Der Sonderkredit wird unterstützt und hofft auf die Bevölkerung, das gleiche zu unterstützen.

Harald Hächler, SVP

Wurde der Verkehr auch im Projekt durchdacht? Kommt es zu mehr Verkehrsbehinderungen im Gebiet Schlottermilch oder Bifang-Kreisel? Wurde dies in die Planung miteinbezogen?

Heidi Schilliger Menz, Bildungsvorsteherin

Es wird nicht davon ausgegangen, da es sich nicht um eine riesige Erweiterung handelt. Es kommen lange nicht alle Lehrpersonen mit dem Auto, sondern mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Während den Stosszeiten wird nicht mit einem grösseren Verkehrsaufkommen gerechnet. Somit sollte dies keine Auswirkungen auf übergeordnete Verkehrssysteme haben. Was durchaus sein kann, dass durch die ausserschulischen Nutzungen der Turnhalle und Kunstrasenspielfeld sich etwas mehr Verkehr generieren kann. Dies grösstenteils ausserhalb der Arbeitszeiten.

Der Verkehrsgarten auf dem Pausenplatz im St. Martin, bei welchem die Schülerinnen und Schüler die Verkehrsregeln in einem geschützten Rahmen kennenlernen, wird während der Bauzeit wegkommen. Weil man weiss, dass dieser sehr begehrt ist, soll dieser, wann immer möglich, an einen neuen Ort kommen. Noch ist nicht bekannt wo genau. Für die Verkehrssicherheit der Schülerinnen und Schüler

ist dieser Verkehrsgarten ein wichtiger Ort. Im Moment kann noch nicht genau bestimmt werden, wo dieser hinkommt. Vielleicht gibt es eine Möglichkeit auf dem bestehenden Areal.

Anton Häfliger, Mühlehofstrasse 15

Als pensionierter Schulhauswart im St. Martin kennt er das Gelände. Ein wunderschönes neues Schulhaus ist geplant mit 14 neuen Klassenzimmern. Der bestehende Pavillon alleine hat sieben Klassenzimmer und weitere sind im Container-Trakt untergebracht. Ist man nach dem Neubau nicht wieder auf dem heutigen Stand? Kaum ist das Schulhaus gebaut, hat man schon wieder zu wenig Schulraum. Aus den Fehlern wurde gelernt und das Projekt wurde so entworfen, dass ein weiteres Stockwerk möglich ist. Die Fehler von früher sollen beim geplanten Neubau Schulhaus nicht die gleichen passieren. Werden die bestehenden Gebäude Schulhaus und Turnhalle künftig mit Fernwärme beheizt oder bleibt die Pelletheizung?

Heidi Schilliger Menz, Bildungsvorsteherin

Gemäss Information werden die bestehenden und neuen Anlagen mit Fernwärme beheizt. Es wurde sehr wohl überlegt, die Aufstockung jetzt zu machen. Sursee ist im Wachstum und dies wird auch in Zukunft nicht aufhören. Mit dem geplanten Schulraum wird auch für die Zukunft genügend Schulraum vorhanden sein. Im geplanten Neubau können zusätzlich weitere acht Schulräume entstehen. Wenn zum heutigen Zeitpunkt das neue Schulhaus aufgestockt wird, ist auch mit viel mehr Investitionskosten zu rechnen und dies passt nicht in die laufende Finanzstrategie der Stadt Sursee. Mit dem Bau des vierten Sekundarschulhauses am Zirkusplatz könnte in der Not für einige Jahre die Primarschulklassen 5./6. Stufe einquartiert werden. Kämen zum heutigen Zeitpunkt weitere 8 Klassen im St. Martin dazu, dann wäre dies eine Schulanlage mit rund 30 Klassen. Bezweifelt würde dann der Standort diesbezüglich zur östlichen Grenze hin zu Schenkon. Sursee verfügt über weiteres Entwicklungsgebiet. Beim ganzen Spitalareal und Münchrüti ist ungewiss, wie sich dies in den nächsten Jahren entwickeln wird. Das neue Schulhaus ist für eine nachträgliche Aufstockung geplant, aber Aufstocken zum heutigen Zeitpunkt ist nicht der richtige Moment. Zuerst wird geschaut, wie sich der Siedlungsdruck entwickelt. Verschiedene Gründe sprechen gegen eine heutige Aufstockung.

Silvan Bieri, Zellmoosstrasse 53, Antrag der Grünen Partei

Der Bau der zusätzlich 20 geplanten Parkplätze sei aktuell zu verzichten. Zuerst sei erneut zu überprüfen gemäss folgenden Kriterien:

1. Schulwegsicherheit
2. Raumbedürfnis der Lernenden aber auch von den Lehrpersonen
3. Alternative Standorte
4. Effektive Bedarfsabklärung oder effektiver Bedarf der Parkmöglichkeiten evaluieren
5. Alternative Bauweisen vorziehen

Zeigt sich im Verlauf der Nutzung der Anlage ein erhöhter Parkplatzbedarf, könnte auf diesen Standort zurückgegriffen werden.

Begründung aus Sicht als Vater: Die geplanten Parkplätze sind auf dem Schulweg. Hinfahrende und weggehende Autos stellen ein Sicherheitsrisiko dar. Dies kann nur kostenintensiv oder schwierig behoben werden. Man denke an die Poller am Oberen Graben. Aus Sicht der Lehrperson: Durch die Vergrößerung der Schulanlage und Überbauung des Fussball-Rasens geht wertvoller Schulraum für die Kinder verloren. Für die Entwicklung der Kinder ist Bewegung essenziell und sie brauchen Erfahrungsräume auch ausserhalb des Schulgebäudes. Die Parkplätze minimieren potenzielle Entwicklungsraum für die Kinder und die Raumverfügbarkeit für die Lernenden der Primarschule schrumpft. Aus Sicht der Grünen: Die Grünen sind bedacht viele Interessen und Bedürfnisse abzudecken und wollen mit dieser Prüfung nach Alternativen Bauweisen überlegen, gibt es nicht etwas wo die Schülerinnen und Schüler während den Pausen spielen und diesen Bewegungsraum brauchen und vielleicht, sollte einmal ein grosses Turnier stattfinden, könnten Autos dort parkiert werden. Den

Grünen gehe es nicht nur darum, die angedachten Parkplätze zu verhindern. Es wird nach innovativen Lösungen gesucht für den immer enger werdende Platzverhältnisse. 20 zusätzliche Parkplätze direkt vor dem Kindergarten, dass sei für den Sprechenden nicht innovativ und es widerspreche auch mit dem Label «Kinderfreundliche Gemeinde». Das Zitat auf der Webseite der Stadt Sursee, Kinder haben das Recht angemessen, versorgt, gefördert und geschützt zu werden, um sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Die Planung und vielleicht der Bau von diesen Parkplätzen widersprechen diesem Vorsatz. Mit der Annahme dieses Antrags würde man vielleicht diesem Label «kindergerechte Gemeinde» ein bisschen gerechter werden.

Hans Schmid, Ressortleiter Bau und Umwelt

Präzisierte Formulierungen

1. Auf den Bau der 20 zusätzlich geplanten Parkplätze sei aktuell zu verzichten.
2. Es sei eine erneute Prüfung unter Berücksichtigung der Kriterien Raumbedürfnisse der Lernenden und Lehrenden der Primarschule, Schulwegsicherheit, Bedarf, alternative Standorte, alternative Bauweise vorzunehmen.
3. Sollte sich aufgrund der neuen Überprüfung oder im Verlaufe der Nutzung der Anlage ein erhöhter Parkplatzbedarf zeigen, kann auf den vorgesehenen Standort zur Realisierung der 20 Parkplätze zurückgegriffen werden.

Silvan Bieri, Zellmoosstrasse 53

Änderung Ziffer 3

Wird sich im Verlauf der Nutzung der Anlage ein erhöhter Parkplatzbedarf zeigen, kann auf den vorgesehenen Standort zur Realisierung der 20 Parkplätze zurückgegriffen werden.

Hans Schmid, Ressortleiter Bau und Umwelt

Begründung 1 Grüne: Durch die Vergrößerung der Schulanlage und Überbauung des Fußball-Rasens geht wertvoller Schulraum für Kinder verloren. Für die Entwicklung der Kinder ist es essenziell, Erfahrungsräume ausserhalb des Schulgebäudes zu unterhalten. Die Parkplätze minimieren potenzieller Entwicklungsraum für die Kinder und die Raumverfügbarkeit für die Lernenden der Primarschule schrumpft.

Antwort Hans Schmid, Ressortleiter Bau und Unterhalt: Tatsächlich wird diese Schulanlage vergrössert. Durch diese Vergrößerung der Schulanlage wird wertvoller Schulraum für die Kinder geschaffen. Dies die Differenz zur Betrachtungsweise der Grünen. Die Kennzahlen der bearbeiteten Umgebungsfläche der Etappe 1 im 2010, bei welcher das erste Schulhaus mit der Turnhalle gebaut wurde mit einer Fläche von 8'059 m². Zum heutigen Zeitpunkt ist mit der geplanten Erweiterung eine Fläche von 17'500 m² bearbeitete Umgebungsfläche. Ein wesentlich grösserer Teil. Die bisherigen Erfahrungsräume, ausserhalb Schulgebäude, da geht nichts verloren. Einerseits wird der Naschgarten ins Zentrum der Anlage verlegt und gewinnt an Attraktivität. Das Rasenspielfeld wird versetzt und nicht gestrichen und nordöstlich der bestehenden Gebäude wieder erstellt. Entlang der Fassade Mehrzweckgebäude gibt es zusätzlichen Allwetterplatz mit Kunstrasenspielfeld und möglicher Pumptrack-Anlage. Es ergeben sich künftig sehr gute Synergien.

Begründung 2 Grüne: Der angedachte Parkplatz befindet sich auf einem Schulweg. Die hin- und weggehenden Autos stellen ein Sicherheitsrisiko dar, welches nur schwierig und kostenintensiv zu minimieren ist.

Antwort Hans Schmid, Ressortleiter Bau und Umwelt: Die neuen Parkplätze werden entlang dem bestehenden Schulhaus erstellt. Mit Pollern kann der Schulweg einfach und kostengünstig gesichert werden. Zu- und Weggänge können geschützt und sicher erfolgen. Der Schulweg kann und muss mit Kindern geübt werden.

Erklärungen zum Ausschnitt Schulwegplan gemäss Folien 27, 28

Begründung 3 Grüne: In der Nähe der Schulanlage befinden sich schon mehrere Parkmöglichkeiten. Die IG Pumptrack sieht keinen Bedarf an Parkplätzen. Für das Kunstrasenfeld könnten alternative Standort gesucht werden oder die Praktik beibehalten werden, da sich die Nutzung des Kunstrasenfeldes durch die Erweiterung der Schulanlage wahrscheinlich nicht intensivieren wird.

Antwort Hans Schmid, Ressortleiter Bau und Umwelt: In der Nähe der Schulanlage befinden sich die bestehenden 22 Parkplätze. Der Bedarf an Parkplätzen der Pumptrack-Anlage wird im Rahmen des Baugesuchs der Pumptrack-Anlage geklärt. Alternative Parkplätze (Märtplatz, Parkhaus St. Martin) werden von Nutzenden des Kunstrasenspielfeldes oder der Schule kaum genutzt und verursachen unkontrollierten Suchverkehr. Die Erweiterung der Schulanlage hat mit der Nutzung des Kunstrasenspielfeld keinen direkten Zusammenhang. Allerdings wäre der Standort der geplanten Parkplätze auch für das Kunstrasenspielfeld ideal (Ab- / Zufahrt direkt ab bzw. In die Ringstrasse, Suchverkehr kann minimiert werden).

Begründung 4 Grüne: Begründet werden die zusätzlichen Parkplätze mit dem Parkplatzreglement. Das Parkplatzreglement bezieht sich jedoch auf privaten Grund und schränkt die max. Anzahl Parkplätze ein. Das Festhalten an der VSS-Norm für öffentliche Orte ist nicht nachvollziehbar, da dadurch jegliche öffentliche Nutzungsräume eine überproportionale Anzahl Parkplätze benötigen würde. Die Schule St. Martin wird von Personen genutzt, welche hauptsächlich zu Fuss oder mit dem Fahrrad den Standort erreichen (Lernende).

Antwort Hans Schmid, Ressortleiter Bau und Umwelt: Das Bauvorhaben ist wie ein anderes auf «privatem Grund» zu betrachten. Es stellt sich die Frage, welche Freiheiten die Stadt sich bei eigenen Bauprojekten gibt, die andern nicht gewährt werden. Gemäss Bau- und Zonenreglement und Parkplatzreglement gilt:

Art. 38 BZR: Abstellflächen für Personenwagen und Zweiräder Hinweis auf Parkplatzreglement.

Art. 6 PP-Reglement: Pflicht zur Erstellung von Abstellplätzen.

Art. 7 PP-Reglement: Berechnung des Bedarfs. Berechnung erfolgt aufgrund VSS-Normen.

Art. 9 PP-Reglement: Berechnung des Minimal- und Maximalbedarfs. Gebiet III mit bis zu 70 Prozent Abminderung möglich. Im Rahmen des Wettbewerbsprogramm wurde diese Berechnung gemacht.

Aufgrund der VSS-Normen Es wurden in diesem Zusammenhang 25 Parkplätze berechnet. Aufgrund Parkplatzreglement können diese Berechnungen minimiert werden. So ist man auf die 20 zusätzlichen Parkplätze gekommen. Gleichzeitig wurde im Zuge von geführten Diskussionen in der Baukommission, wegen diesen Parkplätzen, diese Mobilitätsstation in Betracht gezogen. Eine gute Investition zur Förderung von autofreiem und autoarmen Wohnen.

Erklärungen zur Mobilitätsstation gemäss Folie 31

Begründung 5 Grüne: Durch die Prüfung könnten alternative Bauweisen von Parkplätzen gesucht werden, welche während der Schulzeit für Kinder als Spiel- oder Bewegungsplatz genutzt werden kann und bei einem grösseren Parkbedarf ausnahmsweise als Parkplatz genutzt werden könnte.

Antwort Hans Schmid, Ressortleiter Bau und Umwelt: Die Parkflächen werden nicht versiegelt, sondern chaussiert (Schotterplatz) und sind unterbrochen mit hochstämmigen Bäumen und umgeben von Sträuchern. Die Konzentration der Spiel- oder Bewegungsplätze neu im Innern der Anlage fördert die Sicherheit. Die Parkplätze können ausserhalb der Schulzeit auch vom Quartier benutzt werden und ergänzen das Parkplatzangebot von Sursee direkt ab der Umfahrungsstrasse.

Silvan Bieri, Zellmoosstrasse 53

Punkt 3 wurde nicht angesprochen. Im Verlaufe der Nutzung wird sich ein Bedarf zeigen, dann kann man die Parkplätze ja noch bauen. Es schadet nichts, es kostet nichts und es tut niemandem weh, wenn man wartet. Wenn jetzt schon entschieden wird, dass sie gebaut werden, dann wird klar unser Wohl, dass wir mit unserem Auto zum Schulhaus fahren können, über das Wohl der Kinder gestellt. Ein Kind kann nichts mit einer Mobilitätsstation anfangen oder mit einem Cargo-Bike und schlussendlich gehen täglich 400 Kinder ein und aus. Es stellt sich die Frage, wem gibt man mehr Raum, wem gibt man mehr Platz? Den 400 Kindern oder diesen 20 Erwachsenen, welche sicher allein mit dem Auto auf das Schulhausareal fahren, um ihre Kinder abzuholen. Der Antrag ist gestellt. Es gehe nur darum zu warten oder nicht. Auto oder Kind?

Carlo Piani, Die Mitte

Die Begründungen von Hans Schmid, Ressortleiter Bau und Umwelt, sind für Die Mitte nachvollziehbar. Dem Antrag wird nicht zugestimmt. Die gesetzlichen Vorgaben sind eingehalten und dies ist wichtig. Gut sei auch, dass sich die Stadt auf die gleiche Ebene stellt, wie die Privaten und sich keine Rechte herausnehmen. Hier geht es nicht um Kind oder Auto, sondern um Recht oder nicht Recht.

Joachim Cerny, FDP

Die Grünen wurden in die Baukommission eingebunden und hätten ihre Anliegen vorbringen können. Bedürfnisse und Anliegen wurden bereinigt. Das Projekt wurde auf die Anliegen hin überarbeitet, inklusive Parkplatzsituation und die Gewährleistung vom sicheren Schulweg. Der Schulweg wird nicht über den Parkplatz gehen. Die Kinder sind auch ausserhalb des Parkplatzes der Verkehrssituation ausgesetzt. Sie können nicht überbefürsorgt werden. Den Kindern soll beigebracht werden, wie benutzt man sicher den Schul- und Verkehrsweg. Für die Parkplätze und für die Sportanlage gibt es keine alternative Lösung, diese wurden ebenfalls in der Baukommission geprüft. Das wissen die Grünen. Ausweichen auf andere Parkplätze sei immer ein einfaches Argument, aber auf Parkplätze zu verzichten, deshalb einfach andere zusätzlich zu belasten, ist nicht zielführend. Auch die Schulen haben Personalmangel und Lehrpersonen kommen aus der weiteren Umgebung. Teilweise sehr weit her, um in Sursee zu unterrichten. Die Anlagen werden für Freizeitaktivitäten und Turniere genutzt. Turnhallen werden auch am Abend von den Vereinen benützt. Das Parkplatzangebot, das wurde ausgeführt vom Schulhaus und muss gedeckt werden. Wichtig ist auch, dass Autos anschliessend nicht auf umliegende Quartiere ausweichen, sondern dass diesem Problem Sorge getragen wird und entsprechend Raum parat gestellt wird. Die FDP empfiehlt Ablehnung von diesem Antrag.

Ulrich Merki, Wilemattstrasse 18

Sind die bestehenden Parkplätze ausgelastet? Wenn nicht, dann wird auf Vorrat gebaut. Beim Schulraum wird dies nicht gemacht, aber bei den Parkplätzen.

Heidi Schilliger Menz, Bildungsvorsteherin

Dass eine Auslastung über die ganze Zeit besteht, kann im Detail nicht beantwortet werden. Während der Schulzeit besteht keine Not. Die Parkplätze werden nicht primär für die Lehrpersonen gebaut, erst recht nicht für die Eltern. Elterntaxis sind nicht erwünscht, in keinem Schulhaus. Aber es ist eine Schulanlage, welche erweitert wird mit Turnhalle und Mehrzweckraum, welche auch in ausserschulischen Zeiten mehr Nutzung bringt. Das wird auch so gewünscht und dort wird angenommen, dass sicherlich die einen und anderen natürlich mit dem Auto kommen. Die Berechnung ist nachvollziehbar. Wie sie letztendlich genutzt wird, dass sei die andere Frage.

Rainer Jacquemai, Unterer Graben 1a

Bei der Oberstufenschulanlage (Neubau Zirkusplatz) sind netto 130 Parkplätze abgebaut worden. Vis-à-vis der Post, beim offenen Parkplatz, verschwinden weitere 30 Parkplätze in den nächsten paar

Jahren. Auf der anderen Städtli-Seite kommt ebenfalls ein offener Parkplatz mit 30 Plätzen weg. Wenn eine verkehrsfreie Altstadt kommen sollte, gehen auch im Städtli 70 Parkplätze verloren. Zusammengerechnet entspricht dies einem Drittel an Parkierungsmöglichkeiten, die überhaupt irgendwo in der Region im Zentrum der Stadt Sursee zur Verfügung stehen. Wir haben im Städtli Nutzungen, welche rapid zunehmen werden. Ein Restaurant, welches von 80 auf 350 Plätze aufgestockt wird und eine Party- sowie Discobetrieb aufnimmt bis weit in die Nacht hinein. Ein grosses Publikum wird dies anziehen. Für 250 Parkplätze wurden Dauerparkier-Karten von Bewohnern und Gewerbetreibenden abgeschafft. Der Märtplatz wird in Zukunft mehr als voll sein. Wenn eine Schulstruktur gebaut wird welche öffentlichen Nutzungen zulässt, dann braucht es auch genügend Parkierungsmöglichkeiten. Wenn diese nun abgebaut werden sollen, versteht der Sprechende dies nicht. Sollte hingegen ein Antrag gestellt werden, 40 Parkplätze in den Boden zu verlegen, dann wäre der Sprechende sofort dafür.

Alexandra Müller, Sonnmattstrasse 8

Sie als Anwohnerin im St. Martin-Quartier, mit Essbereich Richtung Parkplatz, stellt fest, dass viele Autos am Morgenfrüh sogenannte Elterntaxis vorfahren. Dass der Schulweg nicht über den Parkplatz gehen soll, stimmt so nicht. Einige Kinder laufen über den Parkplatz Richtung Sonnmatt- und Münsterstrasse. Sollten diese zusätzlichen Parkplätze kommen, sind Verkehrshindernisse aufzustellen, damit die Sicherheit von Schülerinnen und Schülern gewährleistet ist.

Josef Erni, Mariazellweg 4a

Eigentlich sollte über den Neubau Schulhaus und Mehrzweckgebäude St. Martin diskutiert werden und jetzt wird über läppische 20 Parkplätze diskutiert. Tragisch.

Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin**Antrag der Grünen Partei Sursee**

- Auf den Bau der 20 zusätzlich geplanten Parkplätze sei aktuell zu verzichten.
- Es sei eine erneute Prüfung unter Berücksichtigung der Kriterien Raumbedürfnisse der Lernenden und Lehrenden der Primarschule, Schulwegsicherheit, Bedarf, alternative Standorte, alternative Bauweise vorzunehmen.
- Sollte sich aufgrund der neuen Überprüfung oder im Verlaufe der Nutzung der Anlage ein erhöhter Parkplatzbedarf zeigen, kann auf den vorgesehenen Standort zur Realisierung der 20 Parkplätze zurückgegriffen werden.

Antrag Stadtrat

Der Stadtrat hält an seinem Antrag für 20 zusätzliche Parkplätze für Motorfahrzeuge, total 42 bewirtschaftete Parkplätze, fest.

Die Stimmberechtigten stimmten dem Antrag des Stadtrats grossmehrheitlich zu.

Josef Ineichen, Meienriesliweg 10

Wurde das Schulwegkonzept auch studiert? Der Schulweg führt über den Meienriesliweg, eine Privatstrasse und durch die Anwohnerinnen und Anwohner während dem Schulbetrieb kaum mehr zu begehen. Der Sprechende ist überrascht, dass der Meienriesliweg plötzlich und ganz offiziell als Schulweg gilt, ohne die entsprechenden Anstösser zu informieren. Der Lotsendienst für den Schulweg an der Beromünsterstrasse findet der Sprechende übertrieben.

Heidi Schilliger Menz, Bildungsvorsteherin

Die Kommission «Schulwegsicherheit» ist vom Stadtrat gewählt. Regelmässige Überprüfung der Schulwege ist ein grosses Anliegen. Immer wieder führen Veränderungen z.B. durch Baustellen dazu, dass Privatstrassen als Schulweg für die Schulkinder zu Fuss oder ab und zu mit dem Velo genutzt

werden dürfen. Unter dem Aspekt der Schulwegsicherheit ist es eine wichtige Möglichkeit, auf welche man angewiesen ist und Privatstrassen als Schulweg zur Verfügung gestellt werden. Der Lotsendienst an der Münsterstrasse, das ist schon etwas verrückt. Dieser wurde rechtlich eingefordert von einem Elternpaar. Die Stadt Sursee wurde dazu vom Kanton verpflichtet, entweder eine Über- oder Unterführung zu machen oder einen Lotsendienst einzuführen. Der Lotsendienst ist die günstigere Variante. Bei der Einführung Tempo-30-Zone an der Münsterstrasse und beim ganzen Quartier kann der Lotsendienst vielleicht wieder aufgehoben werden oder dies wird zumindest abgeklärt. Die Schulwegsicherheit richtet sich laufend an die aktuelle Gefahrensituation. Man ist bestrebt, den Schülerinnen und Schülern den möglichst sichersten Schulweg anzubieten.

Rainer Jacquemai, Unterer Graben 1a

Vor ca. 18 Jahren wurde über den Schulhausbau St. Martin diskutiert. Überlegungen wurden gemacht, ob die Statik so geplant wird, dass um ein ganzes Stockwerk erweitert werden kann. Damals wurde dies aus Kostengründen gestrichen. Im Nachhinein war dies sicherlich ein Fehler. Beim Jurybericht konnte der Sprechende einsehen, dass Projekte mit viel weniger Bodenfläche ausgekommen sind. Der Sprechende will das vorliegende Projekt nicht schlecht machen und findet es ein gutes Projekt. Er hofft, dass dieses Projekt möglichst mit 100 Prozent angenommen wird. Folgende Anmerkungen gibt der Sprechende mit auf den Weg:

- Der Stadtrat soll möglichst haushälterisch mit den Bodenreserven umgehen
- Den Parteien, welche möglichst günstigen Wohnraum fordern auf öffentlichem Grund: Die Chance diesbezüglich für 60 bis 80 Wohnungen, beim jetzigen Neubau Oberstufenschulhaus, wurde vergeben. Weitere 200 Wohnungen hätten erstellt werden können, wenn eine Arealentwicklung gemacht worden wäre.
- Der Controlling-Kommission empfiehlt der Sprechende nicht erst in der Endphase von solchen Projekten sich zu informieren, sondern dass in einer frühen Phase hingeschaut wird. Dies gilt für alle Projekte in Sursee.

1.6 Detailbehandlung

Keine weiteren Wortmeldungen.

1.7 Abstimmung

Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin

Dieses Traktandum geht zur Schlussabstimmung an die Urne am Sonntag, 9. Juni 2024.

2. Traktandum

Gemeindeinitiative Einführung Stadtparlaments in Sursee

2.1 Einleitung

Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin

Demokratie ist ein hohes Gut. Wichtig ist zu dieser Sorge zu tragen. Wir sind in der glücklichen Lage, in einem Land zu leben, wo direkte Demokratie einen hohen Stellenwert hat. Mit Blick auf die Weltpolitik wird uns diese Wichtigkeit und Bedeutung jeden Tag vor Augen geführt. Das Geschenk der Meinungsfreiheit und politischer Willensbildung soll gepflegt werden. In unserem föderalistischen System auf Gemeindeebene darf dies selber gestaltet werden. Entsprechend wird die politische Kultur, je nach Mentalität und gesellschaftlichen Gepflogenheiten von Ort oder Region in der Schweiz sehr unterschiedlich geprägt. Ob ein System gut funktioniert, steht im direkten Zusammenhang mit Menschen, die vor Ort ihre Rechte und Pflichten der politischen Teilhabe wahrnehmen. Die gelebte Demokratie ist kein Selbstläufer. Es funktioniert nur, wenn die Stimmberechtigten sich aktiv einbringen und für einen konstruktiven Meinungs austausch eintreten. Dass die Surseerinnen und Surseer auf das grosse Wert legen, auf einen gut funktionierenden demokratischen Prozess, das zeigt auch die heutige Anwesenheit.

2.2 Informationen und Begründung

Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin

Die Diskussion um die Einführung eines Stadtparlaments ist nicht neu. Personen, die in Sursee schon viele Jahre politisch engagiert sind, haben dieses Thema immer wieder auf die politische Agenda gesetzt. Im Herbst 2020 wurde dieses Thema an verschiedenen Parteigesprächen aufgegriffen. Parteien und der Stadtrat stellten sich die Frage, ob die Einführung eines Stadtparlaments angestrebt werden soll oder nicht. Schritt für Schritt hat man sich diesem Thema angenähert., wie schnell ein Entscheid aus der Bevölkerung erwirkt werden soll. Das überparteiliche Komitee, bestehend aus Mario Cozzio, im Namen der Grünliberalen Partei, Joachim Cerny, FDP, Samuel Zbinden, Grüne, Nikolai Romanov, SVP sowie Beni Rindlisbacher, SP, lancierten am 29. Mai 2023 eine Gemeindeinitiative mit 353 gültigen Unterschriften. 300 braucht es für das Zustandekommen. Anfang Juli hat der Stadtrat das Zustandekommen der Initiative formell erwahrt und für gültig erklärt. Dadurch wurde beschlossen, dass dieses Geschäft innert Jahresfrist der Gemeindeversammlung zur Beschlussfassung unterbreitet wird. Der Stadtrat hat in der Botschaft sachlich orientiert. Anfang September 2023 wurde durch den Stadtrat, nach intensiver Beratung im Initiativkomitee, den politischen Parteien und der Controlling-Kommission eröffnet, dass der Stadtrat die Initiative ablehnen wird. Mit der Beibehaltung der Gemeindeversammlung ist sichergestellt, dass die Stimmberechtigten sich direkt äussern und mitbestimmen können.

Die Gemeindeinitiative wurde im folgenden Wortlaut eingereicht:

- Zur Schaffung eines Stadtparlaments soll der Gemeindeversammlung eine entsprechende Abstimmungsfrage unterbreitet werden. Wird diese angenommen, ist die Gemeindeordnung zu revidieren und der Gemeindeversammlung zu unterbreiten.
 - Das einzuführende Parlament wird im Jahr 2028 anlässlich der kommunalen Neuwahlen für die Amtsdauer 2028 – 2032 von den Stimmberechtigten gewählt.
 - Die direkte Partizipation der Stimmberechtigten, zum Beispiel mittels Volksmotion, wird garantiert.
- Es ist ein mehrstufiger Prozess. Heute, am 4. März 2024, wird dieses Geschäft nun vorgestellt. Sollte die Gemeindeversammlung diese Initiative ablehnen, dann ist das ganze Thema vom Tisch. Wird die Initiative angenommen, erarbeitet der Stadtrat den ausführenden Beschluss und bringt diesen innert Jahresfrist, seit der Annahme des nicht formulierten Textes, zur Abstimmung. Weiter würden für das künftige Stadtparlament die Eckwerte genau definiert. Wie funktioniert das Parlament? Was für Rechte

und was für Kompetenzen hat das Parlament? Die Vorlage der überarbeiteten Gemeindeordnung kommt dann wiederum an die Gemeindeversammlung, ein Jahr später. Die Gemeindeversammlung wird wieder darüber beschliessen. Bei einem Ja wird im Frühling 2028, zusammen mit kommunalen Neuwahlen, auch das Parlament gewählt, damit dies dann im 2028 starten kann.

Weitere Informationen gemäss Folie 37

Das heutige System der Gemeindeversammlung ist oberstes politisches Organ der Stadt Sursee. Dies unter Vorbehalt der Rechte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, was an der Urne entschieden wird. Dies als das urdemokratische Instrument. Gemäss Gemeindeordnung übt die Gemeindeversammlung die strategische Steuerung und die Aufsicht über Tätigkeiten des Stadtrats aus. Die Gemeindeversammlung fällt wichtige Planungs-, Sach-, Kontroll- und Steuerungsentscheide und zum Teil werden Wahlen durchgeführt im Rahmen der Gemeindeversammlung. Zum Beispiel Revisionsstelle, Urnenbüro oder Wahlen zu Mitgliedern von Kommissionen, welche die Gemeindeversammlung selber eingesetzt hat. Im Rahmen der Gemeindeversammlung findet ein Dialog zwischen Stadtrat und den Stimmberechtigten statt. Das wurde heute Abend auch schon wahrgenommen. Nebst Ordnungsanträgen können Stimmberechtigte Sachanträge bzw. Gegenanträge zu traktandierten Geschäften stellen und dadurch allfällige Änderungen bewirken. Bei Kreditbeschlüssen besteht die Möglichkeit, dem Projekt entsprechend Änderungsanträge zur Abstimmung zu bringen. Bei der Behandlung vom jährlichen Budget können die Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung Anträge zu einzelnen Leistungen der Stadt Sursee oder zum Steuerfuss stellen.

Schlussabstimmungen bei der Gemeindeversammlung können auch geheim stattfinden, sofern dies von einem Fünftel der stimmberechtigten Teilnehmenden verlangt wird. Somit werden viele Entscheide durch die Einwohnergemeinde an der Gemeindeversammlung gefasst. Gemäss Gemeindeordnung erfolgt die Schlussabstimmung von Geschäften in folgenden Fällen an der Urne:

- Auf Begehren von 2/5 der Teilnehmenden
- Sonderkredite von über 3,5 Millionen Franken
- Verträge oder rechtssetzende Beschlüsse über die Vereinigung oder Teilung der Gemeinde sowie über die Abspaltung von Teilen des Gemeindegebiets.

In den meisten Gemeinden im Kanton Luzern fällt die Legislative ihre Sachentscheide an der Gemeindeversammlung.

- Alle Stimmberechtigten sind zur Teilnahme eingeladen
- An diesem Tag, meist abends, wird über die traktandierten Sachentscheide gesprochen und entschieden.

Pro Jahr gibt es in der Stadt Sursee zwei ordentliche Gemeindeversammlungen:

- Rechnungsgemeindeversammlung im Frühling
- Budgetgemeindeversammlung im Dezember

Zusätzlich werden Geschäfte beraten, wenn es der Platz zulässt oder je nach Stand von Projekten werden weitere ausserordentliche Gemeindeversammlungen im März und/oder Oktober einberufen, wenn es die laufenden Geschäfte erfordern.

Das Kontrollorgan «Controlling-Kommission» übernimmt zusammen mit dem Stadtrat und der Gemeindeversammlung eine wichtige Aufgabe. Die Controlling-Kommission begleitet den politischeren Führungskreislauf zwischen Gemeindeversammlung und Stadtrat. Als strategisches Kontrollorgan behandelt sie Geschäfte, die den Stimmberechtigten unterbreitet werden. Insbesondere über

- Aufgaben- und Finanzplan
- Budgetentwurf mit Steuerfuss

- Jahresbericht mit Jahresrechnung, aber ohne buchhalterische Prüfung
- Finanzgeschäfte
- Entwürfe von rechtssetzenden Erlassen

In ihrer beratenden Funktion nimmt die Controlling-Kommission einen gesamtheitlichen Blick ein, wobei die vielseitigen Herausforderungen und Aufgaben und auch die betriebswirtschaftlichen Vorgänge der Stadt miteinbezogen werden. Der Stadtrat pflegt einen regen Austausch zu Projekten und Entwicklungen und dies nicht erst am Schluss, sondern informiert immer wieder, Schritt für Schritt zu Projekt und Entwicklungen. Nebst der Controlling-Kommission gibt es noch andere städtische Kommissionen. Stimmberechtigte und politische Parteien können in Interessengruppen und in Projekten mitwirken. Zurzeit sind es 16 gewählte Kommissionen. Eine Anzahl, welche mit ihren Aufgaben in ausgeprägter Form mit ihrer Mitwirkung unterstützen.

Beim System eines Gemeindeparlaments wie eingangs erwähnt ist die Verbreitung je nach Mentalität und gesellschaftlichen Gepflogenheiten vor Ort oder Region in der Schweiz sehr unterschiedlich. Rund 20 Prozent der Schweizer Gemeinden führen Parlamente. Ein Drittel im Kanton Waadt. Gemeindeparlamente sind stark verbreitet in der Westschweiz, im Tessin und in grösseren Gemeinden.

Im Kanton Luzern ist die Legislative oberstes Organ auf kommunaler Ebene. Die Gesetzgebung gibt drei Verfahren zu politischer Mitwirkung vor: Gemeindeversammlung, Urnenverfahren und Gemeindeparlament. Betreffend Gemeindeparlament sind es im Kanton Luzern von aktuell 80 Gemeinden die Stadt Luzern, Kriens, Emmen und Horw, die ein kommunales Gemeindeparlament haben. Die Gemeinde Ebikon startet ab 1. September 2024 mit ihrem Einwohnerrat. Die Wortgebung ist verschieden, die einen sagen Einwohnerrat, in Luzern Grosser Stadtrat und hier in Sursee spricht man von einem Stadtparlament. Das Gemeindegesetz des Kantons Luzern gibt für ein Gemeindeparlament die Rahmenbedingungen vor. Es regelt die Grundsätze der Stimmberechtigten. Gemäss Gemeindegesetz können die Stimmberechtigten im Gemeindeparlament ihre Befugnisse beim strategischen Controlling des politischen Führungskreislaufs sowie bei den Wahlen und Sachgeschäften unter Vorbehalt an ein Parlament übertragen. Den Stimmberechtigten müssen die folgenden Befugnisse vorbehalten bleiben:

- Wahl des Stadtrats und des Stadtparlaments
- Beschluss der Gemeindeordnung
- Beschluss über Veränderung im Gemeindebestand und im Gemeindegebiet

Der Unterschied zur Gemeindeversammlung besteht darin, dass politische Rechte von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an Parlamentarierinnen und Parlamentarier delegiert werden. In der Gemeindeordnung können Rahmenbedingungen festgelegt werden, wie Aufgaben und Kompetenzen und Verantwortungen im Detail ausgestaltet sein sollen. Im politischen Verfahren wird zwischen obligatorisches und fakultatives Referendum unterschieden. Das heisst, dass parlamentarische Beschlüsse, die zwingend vom Volk bestätigt werden müssen und solche, die nur unter bestimmten Voraussetzungen vors Volk kommen. Folgende Geschäfte sind im mindesten dem fakultativen Referendum zu unterstellen:

- Beschluss von Reglementen und Genehmigungen wie rechtsetzende Verträge sowie die Übertragung von hoheitlichen Befugnissen an Dritte
- Beschluss über Budget mit Steuerfuss
- Beschluss über Sonder- und Zusatzkredite
- Abschluss von Konzessionsverträgen

Wer ist wählbar in ein Gemeindeparlament?

Informationen gemäss Folie 43

Pro/Contra Gemeindeversammlung

Die Gemeindeversammlung ermöglicht, dass alle Stimmberechtigten aktiv und unkompliziert mitmachen können. Der Termin passt nicht immer allen. Grundsätzlich kann jeder mitentscheiden und das ist aus Sicht der Sprechenden sehr wichtig in der direkten Demokratie. Das höchste Gut. An der Gemeindeversammlung können alle Verantwortung übernehmen. Das System mit Controlling-Kommission, den Parteien und der Bevölkerung funktioniert in Sursee sehr gut. Beschlüsse aufgrund starker Mobilisierung gibt es selten. Natürlich ist ein Problem, dass es zunehmend schwieriger wird, die Bevölkerung für politische Themen zu begeistern. Ein Systemwechsel löst dieses Problem bestimmt nicht. Ein Nachteil der Gemeindeversammlung ist, dass kurzfristige Anträge die Stimmberechtigten überfordern können. Geschäfte sind zum Teil sehr komplex. Aber die Geschicke zeigen auf, dass in Sursee immer tragfähige und vernünftige Entscheidungen gefällt werden. Das System funktioniert. Gemeindeversammlungen sind nicht nur aus politischer Sicht sehr wichtig, sondern auch gesellschaftlich und identitätsstiftend und fördern auch das Gemeinschaftsgefühl. Es ermöglicht auch den direkten Austausch zwischen der Bevölkerung. Mit der Gemeindeversammlung haben wir ein gut funktionierendes System und es ist erst noch sehr kostengünstig. Alle werden miteinbezogen und niemand wird ausgeschlossen.

Pro/Contra Stadtparlament

Ein Stadtparlament hat sicherlich auch Vorteile. Es ist davon auszugehen, dass die gewählten Personen sich intensiv mit Themen auseinandersetzen. Debatten, welche geführt werden, werden nach parteipolitischen Positionen strukturiert. Jedoch wird die direkte Demokratie geschwächt, indem die Stimmberechtigten ihre Rechte und Pflichten delegieren. Über Kommissionsarbeit kann ein Parlament seine Meinung bereits früh in den Prozess einbringen. Dies wird als Vorteil gesehen. Bereits heute werden bei grossen und wichtigen Geschäften parteiübergreifende Kommissionen eingesetzt. Ein Parlament ist näher am Geschäft, weil häufiger getagt wird und es im Prozess stärker eingebunden ist. Das verkompliziert den politischen Prozess aber auch. Die Entscheidungswege sind länger, werden formalisiert und bürokratisiert. Und dies führt letztendlich auch zu deutlichen Mehrausgaben. Ein Parlament bietet sicher gewisse Vorteile bei allfälligen Grossfusionen. Aber solche strebt die Stadt Sursee von sich aus im Moment keine an. Und ob ein System quasi dies auf Vorrat schaffen soll, das soll gut überlegt werden.

Kosten Gemeindeversammlung/Stadtparlament

Informationen gemäss Folie 46

Um eine solche Kostenzusammenstellung zu erarbeiten, da wäre man froh über Referenzwerte. Wir haben den Schweizerischen Städteverband kontaktiert. Aber es besteht keine Übersicht bezüglich Vollkostenrechnung von kommunalen Parlamenten. Aber in Abstimmungsbotschaften von anderen Gemeinden werden Vergleichswerte von 400'000 Franken bis 500'000 Franken gezeigt. Im Grossen und Ganzen ist es eine Kostenschätzung und es wird aufgezeigt, dass ein Stadtparlament wesentlich kostenintensiver ist.

Zu Organisationsentwicklungsprozesse bei einer allfälligen Einführung Stadtparlament

Informationen gemäss Folie 47

Blick der Wissenschaft auf die beiden Systeme

Informationen gemäss Folie 48

Beurteilung / Argumente des Stadtrats

Die Gemeindeversammlung bewährt sich. Die Stadt Sursee hat aus Sicht des Stadtrats ein gut funktionierendes und ausgewogenes politisches System. Mit Stadtrat, Controlling-Kommission und

Gemeindeversammlung gibt es drei Gremien, welche den politischen Prozess begleiten und in ihren Kompetenzen entsprechend auch steuern. Die Stimmberechtigten und politischen Parteien können an den Versammlungen mit Anfragen ihre Anliegen einbringen und sich mit ihren Voten und Anträgen zu Sachgeschäften äussern. Daran hält der Stadtrat fest. Die Stärkung der Demokratie, das ist etwas Wichtiges, ein Anliegen, welche auch die Initianten vorbringen. Die Demokratie soll gefördert und gestärkt werden. Der Stadtrat unterstützt dies vollkommen. Ein Parlament erachtet der Stadtrat allerdings nicht als zielführende Lösung. Der direkte Bezug der Bürger und Bürgerinnen zu politischen Geschäften geht mit einem Parlament auch verloren. In einem Parlament entscheidet ein kleiner Kreis von etwa 30 Personen über die Geschicke der Stadt Sursee. In einer Gemeindeversammlung steht die demokratische Mitwirkung allen Stimmberechtigten offen. Die demokratische Teilhabe ist aus Sicht des Stadtrats mit der Gemeindeversammlung gegeben. Im Zeitalter wo die sozialen Medien, bei welchen Diskussionen oft nur noch in Blasen, in gleichgeschalteten Gruppen stattfinden, ermöglicht doch die Gemeindeversammlung, dass ein offener, problem- und lösungsorientierter Diskurs zwischen verschiedenen Personenkreisen gemacht werden kann. Die Gemeindeversammlung ist moderner denn je. Man kommt miteinander zusammen und diskutiert miteinander, unabhängig einer Parteizugehörigkeit. An einer Gemeindeversammlung können auch nicht organisierte Gruppen, wie z.B. Parteilose sich einbringen und sich politisches Gehör verschaffen und entsprechend mitentscheiden. Dass Mitwirkungsförderung etwas ganz Wichtiges ist, dass wurde sicherlich schon festgestellt und erfahren. Parlamente indes sprechen gemäss Stadtrat eher ein kleiner Teil der Bevölkerung an. Sie sind sehr stark auf Parteipolitik fokussiert. Es darf nicht vergessen werden, dass Ortsparteien immer mehr Mühe bekunden, geeignete Personen für öffentliche kommunale Ämter zu mobilisieren oder auch in Parteivorstände. Damit die Demokratie gestärkt wird, will die Stadt Sursee zeitgemässere Wege gehen, indem sie die Mitwirkung fördert.

Das Informationsangebot wurde durch den Stadtrat deutlich ausgebaut. Der Stadtrat pflegt heute einen engen Kontakt zur Bevölkerung und verschiedenen Gruppierungen. Es finden regelmässig Informations- und Mitwirkungsanlässe zu verschiedenen Themen und Projekt statt. Es gibt Gespräche und institutionalisierte Treffen mit politischen Parteien, Kommissionen, Verbänden, Vereinen, mit Unternehmerinnen und Unternehmer. Der Austausch mit einzelnen Gruppierungen und der Bevölkerung ist dem Stadtrat sehr wichtig. Er darin weiterhin investieren. Bei der Erarbeitung von Geschäften werden auch parteiübergreifend Kommissionen eingesetzt. Zu zentralen Themen führt der Stadtrat auch Vernehmlassungen durch. Als eine der wenigen Gemeinden im Kanton Luzern hat die Stadt Sursee bereits das Öffentlichkeitsprinzip eingeführt. Eingeführt ist seit dem 1. Februar 2024 die E-Mitwirkung, bei welcher die Bevölkerung sich digital zu ausgewählten Themen äussern und ihre Anregungen miteinbringen kann. Die politische Mitwirkung der Bevölkerung ist dem Stadtrat ein wichtiges Thema. Die Einführung eines Stadtparlaments widerspricht aus Sicht des Stadtrats diesem Grundsatz. Durch den Parlamentsbetrieb würde der politische Prozess stark formalisiert und bürokratisiert. Der Weg bis zum Entscheid wäre deutlich länger. Der Parlamentsbetrieb ist wesentlich teurer und aufwändiger. Der Aufbau und Betrieb eines Parlaments wurden in der Kostenrechnung noch speziell aufgeführt. Das Parlament hat grosse Auswirkungen auf den Prozess und die Ressourcen auf der Verwaltung. Der Stadtrat will weiterhin möglichst schlank und effizient bleiben. Mit einem Parlament ist dies aus Sicht des Stadtrats weniger gegeben. Zudem wird bezweifelt, ob die Entscheide ausgewogener sind als diejenigen einer Gemeindeversammlung. Es ist davon auszugehen, dass vor einem Wahljahr mittels Vorstösse viele parteipolitische motivierte Anliegen platziert werden, wo partikular Interessen vertreten werden. Für die politischen Parteien und Gruppierungen ist es anspruchsvoll, Personen für öffentliche Aufgaben zu rekrutieren. Erfahrungen aus anderen Parlamenten zeigen auf, dass Parlamentsmitglieder aufgrund zeitintensiven Amtsausübung oft nicht die ganze Legislatur verbleiben. Es gibt oft Wechsel in den politischen Ämtern und auch dies wird den administrativen Aufwand zusätzlich erhöhen. Die fehlende Konstanz wird bei einigen Orten erkannt. Aus diesen Gründen vertritt der Stadtrat klar die Meinung, die Initiative für ein Stadtparlament zur Ablehnung zu empfehlen. Der Stadtrat ist überzeugt davon, dass mit der Beibehaltung der

Gemeindeversammlung sichergestellt wird, dass alle Stimmberechtigten sich direkt äussern und mitbestimmen können.

2.3 Abklärung Eintreten

Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin

Die Vorsitzende fragt die Versammlung an, ob Nichteintreten beantragt wird.

Hans Zemp, Leopoldstrasse 13

Er stellt einen Antrag auf Nichteintreten. Die Kostensituation der Stadt Sursee ist nicht rosig. Heute Abend ist das Ganze mit dem Neubau Schulhaus St. Martin sehr effizient abgelaufen. Die kleine Sache jedoch mit den zusätzlich geplanten Parkplätzen, ein kleines Detail, habe einen Drittel der Zeit beansprucht. Bezweifelt wird die Effizienz eines möglichen Stadtparlaments.

Erwin Aregger, Parkweg 2

Das Traktandum 2.3 «Abklärung Eintreten» sei übergangen worden. Es liegt ein Antrag auf Nichteintreten vor.

Mario Cozzio, glp

Die Stadtpräsidentin hat die Versammlung korrekt angefragt, ob Nichteintreten beantragt wird. Niemand hat verlangt, dass Nichteintreten beschlossen wird.

Sara Muff, SP

Unvorbereitet und spontan macht die Sprechende beliebt, dem Antrag auf Nichteintreten nicht zuzustimmen. Heute wird von einer lebendigen Demokratie gesprochen und über Partizipation. Es sind Unterschriften gesammelt worden. Das werde einer lebendigen Demokratie nicht gerecht, wenn nicht mal eingetreten wird, um über dieses Thema zu diskutieren.

Carlo Piani, Mariazellhöhe 12

Dem Antrag Nichteintreten zuzustimmen sei für ihn reizvoll, um die Diskussionen abzuklemmen. Der Sprechende macht darauf aufmerksam, dass bei Nichteintreten dieses Thema nicht vom Tisch ist. Zu einem späteren Zeitpunkt kommt diese Angelegenheit erneut. Er appelliert an die Versammlung Eintreten zu beschliessen, damit eine offene Diskussion geführt werden kann.

Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin

Klar ist auch von Seite Stadtrat, dass Eintreten beschlossen werden soll.

Die Stimmberechtigten lehnen den Antrag auf Nichteintreten grossmehrheitlich ab.

2.4 Stellungnahme Initiativkomitee

Mario Cozzio, Initiativkomitee und glp

Es sind sich alle einig, mit dieser Initiative wird der Nerv getroffen. Sie bringt ein Thema auf das Parkett, welches weit mehr als die maximal 100 Surseerinnen und Surseer bewegt, interessiert und vor allem beschäftigt. Wie kann es sein, dass eine Stadt mit bald 11'000 Einwohnerinnen und Einwohner, Tendenz stark steigend, heute noch von durchschnittlich einem bis zwei Prozent der Stimmberechtigten gesteuert wird, von 70 bis maximal 140 Personen. Wie soll eine Gemeindeversammlung funktionieren, wenn 7000 oder mehr Leute daran teilnehmen und sich äussern möchten. Er schaut zurück auf eine frühere Gemeindeversammlung in der Stadthalle. 465 Stimmberechtigte haben für ein kleines unumstrittenes Traktandum rund zwei Stunden benötigt. Dies sprengt den Rahmen einer Gemeindeversammlung. Er hat heute gehört, es gibt nichts, das

demokratischer als eine Gemeindeversammlung ist. Dem kann er zu einem kleinen Teil zustimmen. Jede Anwesende und jeder Anwesende können sich zu Geschäften äussern. Aber nicht jede und jeder kann an Gemeindeversammlungen teilnehmen. Es geht nicht darum, falsch oder nicht zu priorisieren. Andere Gründe sind verantwortlich dafür, sei dies aus beruflichen, familiären, gesundheitlichen oder schulischen Gründen. Als Fraktions- und Ortsparteipräsident einer zukunftsgerichteten Partei würde er sich selber als politisch einigermaßen interessiert bezeichnen. Aber auch der Sprechende habe im 2023 zweimal aufgrund einer Anwesenheitspflicht einer Weiterbildung an der Gemeindeversammlung gefehlt. Deshalb habe er am demokratischen Prozess nicht teilgenommen, obwohl er wirklich gerne dabei gewesen wäre. Demokratie soll sich entwickeln können und sich den zeitlichen und demographischen Gegebenheiten anpassen. Und genau darum ist es Zeit für ein Stadtparlament. Genau darum ist es unausweichlich, dass die Stadt Sursee den Mut aufbringt auf Veränderungen einzugehen. Und genau darum muss über den eigenen Schatten gesprungen werden, um für das Grosse und Ganze und nicht nur für sich selber zu denken. Es sind dann noch 30 Personen, welche jeweils tagen werden. Aber sie sind gewählt von der ganzen Stimmbevölkerung und somit demokratisch legitimiert und bestätigt. Hinzu kommt, dass den Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht nur eine Vorlage vorgelegt wird, um am Versammlungsabend noch Ja oder Nein dazu zu sagen oder spontan einen Antrag zu stellen. Sie begleiten den ganzen Prozess von Anfang bis zum Ende. Der Stadtrat bekommt so die einmalige Chance, einen konstanten und kritischen, aber unterstützenden, wohlwollenden Sparringspartner an der Seite zu haben. Mit der Initiative wird eine Volksmotion gefordert, welche garantiert, dass die Bevölkerung direkt, wie jetzt auch, ins Geschehen eingreifen kann und somit Vorstösse ins Stadtparlament einbringt. Dass ein Stadtparlament nicht gratis ist, das liegt auf der Hand. Aber eine funktionierende und zeitgemässe, stabile Demokratie muss etwas wert sein. Am heutigen Abend wurde über einen Kredit von 30 Millionen Franken diskutiert. Die Kosten von jährlich 400 Tausend Franken bedeuten aber auch, dass zum gleichen Preis wie der Kredit für das Schulhaus St. Martin, welches hoffentlich an der Urne angenommen wird, ganze 75 Jahre lang der Parlamentsbetrieb aufrechterhalten werden kann. Nur so zum Verhältnis. Das Argument, ein Stadtparlament sei zu teuer, ist fadenscheinig. Hat man die Botschaft zur heutigen Versammlung studiert, dann fällt auf, dass der Stadtrat ein bisschen blumig fantasiert bei der Höhe der zu erwartenden Kosten. Mit 90'000 Franken wird gerechnet für Notebooks, dreitausend Franken pro Parlamentarier. Ein solches Hightech-Gerät hätte der Sprechende als technikaffiner Mensch noch nie in seinem Leben gekauft. Kein Parlament sei ihm bekannt, welches seinen Mitgliedern Notebooks zur Verfügung stellt. Bestimmt hat man mitbekommen, dass die Grünliberalen als Teil vom Komitee bzw. im Namen des Komitees den Antrag auf Urnenabstimmung stellen. Mit einem Parlament soll künftig verhindert werden, dies wurde in der Argumentation genauso aufgeführt, dass an einer Gemeindeversammlung Gruppen mobilisiert werden, um so eine Abstimmung zu manipulieren. Das ganze Stimmvolk von Sursee soll die Möglichkeit erhalten, über diesen wegweisende Systemwechsel abzustimmen. Der Sprechende unterlässt ausführliche Angriffe auf die Mitte betreffend Machterhaltung und Machtverlust, so stand es in der Zeitung. Es gehe bei dieser Initiative überhaupt nicht darum, die Mittepartei zu schwächen, sondern die Demokratie zu stärken. Dies sehen alle anderen Surseer Parteien genau gleich. Man erhält jetzt die Chance, ein repräsentatives und sinnvolles politisches System für die einzigartige Stadt Sursee zu schaffen. Unterstützen sie den Antrag auf Urnenabstimmung, damit alle Stimmberechtigten Surseerinnen und Surseer die Möglichkeit bekommen, über diese Initiative abzustimmen.

Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin

Ergänzend betreffend blumige Vorstellung rund um die Notebooks: Es gehe bei dieser Kostenstelle nicht nur um Notebooks, sondern um die ganze IT, Software, Lizenzen und Website für das Parlament. Ist der Antrag auf Überweisung an die Urne somit bereits gestellt oder wird dies noch offiziell als Antrag gestellt?

Mario Cozzio, Initiativkomitee und glp

Dieser folgt nach der Diskussion.

Beni Rindlisbacher, SP

Mit ihrer Stellungnahme hat sich die SP Sursee länger Zeit gelassen als die anderen Parteien. Durchschnittlich beteiligen sich zwei Prozent der Stimmberechtigten an Entscheidungen an Gemeindeversammlungen. An den letzten Kommunalwahlen 2020 gingen 33 Prozent an die Urne. Bei der letzten Abstimmung vom 3. März 2024 waren es Gesamtschweizerisch 58 Prozent. Weit mehr Menschen interessieren sich für Politik als für Gemeindeversammlungen. SP Sursee hat sich intensiv mit diesem Geschäft befasst. Ihr Anliegen ist es, dass möglichst viele Personen am politischen Prozess aktiv teilnehmen können. Egal mit welchem System das ist. Der Publizist Jörg Sommer äussert sich wie folgt zu diesem Thema: «Ohne Zweifel muss sich unsere Demokratie erneuern, wenn sie zukunftsfähig bleiben will». Heutzutage entscheidet sich der Mensch in seiner Hemisphäre 35 tausend Mal am Tag. Zwei Prozent der Stimmbevölkerung nimmt durchschnittlich an einer Gemeindeversammlung teil. Was wäre, wenn 33 Prozent anwesend sind? Wie viele Stimmberechtigte könnten ihre Meinung maximal an einer Gemeindeversammlung kundtun und sie funktionieren noch? Wie sieht das Durchschnittsalter an einer ordentlichen Gemeindeversammlung aus? Wer beeinflusst Entscheidungen? Wer kann mobilisieren, wer nicht? Wer kommt aus welchen Interessen an die Gemeindeversammlung? Wer hat die Macht? Aus welchen Gründen haben die die Macht, welche die Macht haben? Wer äussert sich zu den Themen, wer nicht? Warum wird heute Abend für die Gemeindeversammlung abgestimmt? Warum stimmt man heute Abend für ein Gemeindeparlament? Aus Eigeninteresse? Oder aus Interesse an der Bevölkerung für die Bevölkerung? Eine knappe Mehrheit der SP Sursee hat diese Fragen beantwortet und man ist zum Schluss gekommen, dass sie für die Einführung eines Parlaments stimmen werden. Viel eindeutiger haben sie sich dafür entschieden, dass dieses Geschäft an die Urne verlegt wird. Dadurch kann breiter abgestimmt werden und auch von Personen, die heute Abend nicht aufstehen werden, aber auch eine Meinung dazu haben. Das Wesentliche ist heute Abend, was für ein Entscheid getroffen wird. Zusammen will man weiter gehen und das Zusammenleben gestaltet.

Andrea Kaufmann, Die Mitte

Sie haben Hürden aus dem Weg geräumt, sich die Zeit genommen und entschieden, an der heutigen Gemeindeversammlung teilzunehmen, um aktiv mitzumachen. Keineswegs wird es als selbstverständlich erachtet und verlangt einen Mehrwert. Man bereitet sich auf die Versammlung vor, einige mehr, einige weniger, um zu wissen, um was es hier heute Abend geht. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Alle wollen eine starke Demokratie und eine grössere Mitwirkung der Bevölkerung. Die Verantwortung an die Parlamentarier abzuschieben, das ist eine bequeme Ausrede und kein guter Weg zur Partizipation. Neue Ansätze sind gemeinsam zu suchen, um eine höhere Stimmbeteiligung und Mitwirkung zu schaffen. Die grosse Mehrheit der Parteien ist für ein künftiges Stadtparlament und will somit die Führung und auch die Macht in der Hand haben. Die Parteien haben Mühe, die richtigen und fähigen Leute zu finden, das wurde heute Abend deutlich mit der Eingabe von Wahlvorschlägen. Es ist nicht einfach und lenkt immer mehr auch vom Wesentlichen ab, nämlich der Sachpolitik, besonders in den Wahljahren. Natürlich können sich die Bürgerinnen und Bürger bei einem Systemwechsel weiterhin eingeben, die Frage stellt sich zu welchem Preis. Die Einzelperson, die sich nicht die Mühe macht an der Gemeindeversammlung teilzunehmen, macht diese Person sich die Mühe und gibt eine Volksmotion ein? Wirklich? An einer öffentlichen Parlamentssitzung kann teilgenommen werden, um mitzuhören. Dies ist ein grosser Unterschied zu einer Einwohnergemeindeversammlung. Sie können nicht einfach das Wort ergreifen und etwas zu bestimmen Themen mitteilen. Das können Sie heute, Ihre Fragen direkt stellen und Ihre Meinung einbringen. Längere politische Prozesse sind für die Sprechende nicht zeitgemäss und überhaupt nicht modern. Es besteht heute eine einzigartige Umsetzung der direkten Demokratie. Geben Sie diese nicht aus der Hand. Die offenen Diskussionen,

die werden weiterhin gewünscht. Das fördert das gemeinsame Zusammenleben. Aus diesen Gründen empfiehlt Die Mitte dem Antrag des Stadtrats zu folgen und die Gemeindeinitiative abzulehnen.

Samuel Zbinden, Grüne

Mit der Erinnerung an seine erste Gemeindeversammlung vor ca. sieben Jahren mit achtzehn, da hat er den ersten Antrag für die Grünen vertreten. Dazu hat der Sprechende viele Erinnerungen. Schöne und gute, aber auch schlechte und frustrierende, langwierige Erinnerungen. Trotzdem, oder vielleicht gerade darum möchte der Sprechende im Namen der Grünen Sursee empfehlen, die Initiative anzunehmen, dem Antrag zuzustimmen und an die Urne zu überweisen. Warum? Ein kleines Dorf wie z.B. Schlierbach mit 650 Einwohnerinnen und Einwohnern, mit einem Schulhaus, einem Mehrzweckgebäude. Für Schlierbach ist die Gemeindeversammlung wahrscheinlich die beste und direkteste Form der Demokratie. Ein direkter Austausch mit der Bevölkerung und mit dem Gemeinderat. Alle können sich eingeben. Sursee, ein regionales Zentrum mit bald 11'000 Einwohnerinnen und Einwohnern, mit 15'000 Arbeitsplätzen. Eine Verkehrsdrehscheibe und sehr stolz darauf, das zweite Zentrum vom Kanton zu sein. Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin, hat es sehr schön ausgedrückt, beide Systeme haben absolut ihre Berechtigung. Beide Systeme verfügen über Vor- und Nachteile. Die richtige Frage ist, welche Form stimmt für welche Art, und Grösse der Gemeinde. Sursee wächst und wird immer mehr zu gross für eine Gemeindeversammlung. Zwei Prozent der Stimmberechtigten sind durchschnittlich an einer Gemeindeversammlung. Mit zehn Prozent ginge vielleicht noch die Stadthalle als Versammlungsort. Wohin mit zwanzig oder dreissig Prozent? Deshalb ist für Sursee das passende und richtige System ein Stadtparlament. Alle Stimmberechtigten können sich für den Einsitz in das Stadtparlament aufstellen lassen. Gemeinsam wird entschieden, wer gewählt werden soll. Wir bestimmen, wem das Vertrauen für die Details von Zonenplan, Schulerweiterungen und Budgetanträgen gegeben wird und wer sich damit befassen soll. Diese Bürgerinnen und Bürger werden gewählt, legitimiert und haben Zeit für dies. Wer keine Ressourcen aufbringen kann oder will, um sich tief mit Gemeindepolitik zu befassen, wird nicht ausgeschlossen, sondern kann sich sehr gut auch einbringen. Dies ist bereits heute schon der Fall. Durch persönliche Gespräche mit Stadträtinnen und Stadträten, im Gespräch mit Parlamentsmitgliedern, aber auch bei Volksabstimmungen, die es auch weiterhin geben wird und sogar neu mit der Möglichkeit einer Volksmotion. Luzern, Kriens, Emmen, Horw und bald auch Ebikon machen sehr gute Erfahrungen mit Gemeinde- und Stadtparlament. Im Gespräch mit politisch aktiven Personen der betreffenden Gemeinden wurde nichts Negatives gehört. Es funktioniert. Im Namen der Grünen Sursee wird empfohlen, dem Antrag zur Urnenabstimmung zuzustimmen. Es ist aus Sicht der Grünen absolut zentral und richtig, den historischen und wichtigen Entscheid der ganzen Bevölkerung offen zu lassen und es wird empfohlen, die Initiative anzunehmen.

Markus Steinmann, Fährdrichweg 13

Denkt der Sprechende an das Stadtparlament, denkt er an jenes in Luzern oder Bern. Alle vier Jahre ein paar Namen auf eine Liste setzen oder noch einfacher, eine vorbereitete Liste zu nehmen. Die Pflicht für die nächsten vier Jahre ist somit getan. Das heisst, Verantwortung abgeben. Heute Abend übernehmen alle Anwesenden Verantwortung mit ihrer Anwesenheit. Hier und jetzt wird abgestimmt und miteinander diskutiert. Der Sprechende plädiert für Selbstverantwortung und gegen ein Stadtparlament.

Joachim Cerny, FDP

In Sursee sind zurzeit 7000 stimmberechtigte Bürgerinnen und Bürger. Mehrmals wurde heute Abend erwähnt, dass durchschnittlich weniger als zwei Prozent an einer Gemeindeversammlung teilnehmen. Der absolute Höhepunkt war, als mit weniger als einem Prozent, mit 69 Stimmen, ein Millionen-Budget für das Folgejahr angenommen wurde. Das war hart an der Grenze der Legitimation. Heute Abend sind 465 Anwesende, das entspricht 6,5 Prozent von 7000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Wenn von einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung von 30 Prozent ausgegangen wird, dann müssten heute

Abend rund 2000 Stimmberechtigte anwesend sein. Wo sind diese? Der Sprechende ist ein Fan der direkten Demokratie hier an der Gemeindeversammlung. Vor 15 Jahren, als Unternehmer, hätte sein 16-Stunden-Arbeitstag es nicht zugelassen, an Gemeindeversammlungen teilzunehmen. Er fragt sich nun, wie heute ein Unternehmen geführt wird. Alle sind heute Abend engagiert dabei, das macht Freude. Die Gegenpartei wie Stadtrat und Die Mitte verkünden mehrmals heute Abend, dass das direkte Einbringen an der Gemeindeversammlung allen offenstehe. Genau das bezweifelt die FDP. Aus diesem Grund unterstützt die FDP die Einführung eines Stadtparlaments, bei welchem dann wirklich alle die Möglichkeit erhalten, sich einzubringen, auch Alleinerziehende und beruflich stark engagierte Personen. Bei Zusammenkünften von Parteipräsidien der FDP 60+ falle oft das berüchtigte F-Wort (Fusion). Auch dies ist ein Kriterium, welches für die Einführung des Stadtparlaments spricht, die parlamentarische Teilhabe von weiteren Gemeinden. Um die demokratische Legitimation des heutigen Geschäfts sicherzustellen, schliesst sich die FDP, sobald der Antrag gestellt ist, diesem an. Dieses Geschäft soll an die Urne überwiesen werden, damit es wirklich legitimiert ist.

Carlo Piani, Die Mitte

Mit einem Stadtparlament wird ein sehr teures Bürokratiemonster geschaffen. Die zu erwartenden Kosten belaufen sich auf geschätzte 400'000 bis 500'000 Franken pro Jahr. Rechnet man dies für drei Legislaturen, sind das sechs Millionen Franken. Diese sechs Millionen Franken können für Sursee sinnvoller eingesetzt werden für die nächsten 10 bis 12 Jahre. Er selber ist im Kantonsrat und vergleicht das Parlament in Luzern mit der Arena. Es herrscht ein dauernder Wahlkampf und am Schluss hat das Hin und Her am Entscheid, welcher man vorher gefasst hat als Partei, nicht wirklich viel gebracht. Es werde genau das entschieden, was man eigentlich vorher schon gewusst hat. Wollen wir uns dies antun? Ist das das richtige Instrument, um gelebte Demokratie wirklich zu leben, wie sie heute Abend hier gelebt wird? Hier können wir einander in die Augen sehen. Wir können für etwas kämpfen und auch etwas bewirken. Er richtet das Wort an die heute anwesenden jungen Leute. Er ist sehr erfreut über die junge Beteiligung und bittet darum, diese einmalige Stimmung heute Abend zu geniessen. Das ist Gemeindeversammlung, wie man sie lebt. Man sieht seine Nachbarn, die vielleicht nicht die gleiche Meinung vertreten, aber dies soll doch so sein. Man gibt genau dieses Recht mit einem Gemeindeparlament ab, über Geschäfte direkt hier abzustimmen. Unsere Verantwortung delegiert man an 30 Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Anschliessend hat man vier Jahre lang nichts mehr zu sagen. Klar kann man als Bürgerin und Bürger eine Motion einreichen. Dem steht der Sprechende etwas kritisch gegenüber. Dies sei doch über die Hintertüre und in keiner Weise vergleichbar seine Interessen in das Parlament hineinzuführen. Lassen wir an diesem bewährten und durchaus stimmigen Gefäss der Gemeindeversammlung festhalten, ungefärbt und nahe am Geschehen. Lehnen Sie die Initiative ab.

Martin Bisig, SP

Der Sprechende hat nebst vielen guten Erinnerungen auch negative an Gemeindeversammlungen. Seit seinem 18. Lebensjahr besucht er sie regelmässig. Es braucht immer etwas Mut, um aufzustehen und seine Meinung zu vertreten. Sein einschneidendstes politisches Erlebnis ist aber nicht der Besuch der Gemeindeversammlung, sondern die Landsgemeinde in Glarus. Keine Angst, er wird keinen Antrag stellen, die Landsgemeinde hier in Sursee einzuführen. Aber die Landsgemeinde ist auch ein direktes demokratisches Instrument, welches er sehr geschätzt hat. Ähnlich wie hier an der Gemeindeversammlung und es graue ihm davor, dieses direkte demokratische Instrument durch ein indirekt-demokratisches oder vielleicht böse ausgedrückt, durch ein delegations-demokratisches Instrument zu ersetzen. Das sein wichtigstes Argument. Was machen wir mit der grössten Menge an Stimmberechtigten, den Parteilosen? Er hat Angst davor, dass in einem Parlament wirklich die Parteipolitik überhandnimmt und dass die Parteilosen trotz Volksmotion auch in einem Parlament weniger zu Wort kommen als hier an der Gemeindeversammlung. Das Nutzen-Kosten-Verhältnis ist auch nach vielen Diskussionen heute Abend nicht wirklich klar. Ist mit einem Stadtparlament, welches

deutlich mehr kostet, auch mehr Nutzen herauszuholen. Er stimmt ebenfalls für die Beibehaltung der Gemeindeversammlung und für die Ablehnung der Initiative.

Walter Zemp, FDP

Er ist gegen ein Stadtparlament, aus dem schlichten Grund, weil die Initianten ganz schlechte Rechner seien. Sie rechnen immer mit 11'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Wir haben aber 7000 Stimmberechtigte. 40 Prozent gehen an die Urne, das sind 2800 Stimmberechtigte. Heute sind 450 hier, das sind 20 Prozent von allen, die sonst stimmen gehen. Mit einem Stadtparlament haben wir 30 Profipolitiker, 0,3 Prozent, welche uns das Recht wegnehmen. Wir sind das Parlament, wir alle hier heute Abend. Sind es 90, 300 oder mehr Anwesende, wir sind das Parlament, wir können gehen, wann wir wollen. Wir gehen, wenn uns etwas wichtig ist und darum soll die Gemeindeversammlung beibehalten werden. Wir wollen nicht die grossen Snob-Redner. Es entgeht uns etwas, wenn wir die Gemeindeversammlung nicht mehr haben. Wir haben kein lustiges Cabaret mehr. Also stimmt gegen ein Stadtparlament.

Anton Marti, Sonnhaldenstrasse 12

Seit gut zwei Jahren wieder wohnhaft in Sursee. Die Gemeindeversammlung sei ein urdemokratisches Recht der freien Schweizer Bürgerinnen und Bürger. Die Gemeindeversammlung ein Privileg, bei welchem wir uns unabhängig und frei einbringen können. An Mario Cozzio: Das Wort «liberal» bedeutet für den Sprechenden Freiheit. Was sie aber wollen führt zur Abhängigkeit und zur Unmündigkeit. Das will er nicht. Er will kein Systemwechsel. Er will im übertriebenen Sinne keine Verhältnisse wie sie in Russland herrschen, wo das Staatsduma und das Volk nichts mehr zu sagen haben. Aus diesem Grund ist er weiterhin für die Gemeindeversammlung. Die Demokratie und die politischen Rechte der Bevölkerung dürfen nicht eingeschränkt werden. Sie dürfen unsere erworbenen Grundrechte und Freiheiten, welche wir uns erkämpft haben, nicht einfach vernichten.

Werner Mathis, Schellenrainstrasse 9

Der Sprechende ist nicht parteilos, aber in keiner politischen Partei aktiv und dies aus guten Gründen. Was ihm heute Abend fehlt, um über dieses Geschäft abzustimmen, das ist die Wirkung. Wir haben keine Ahnung über die Wirkung der heutigen Versammlung. Was ist die Wirkung eines Parlaments? Gibt es da irgendwelche Geschäfte, welche in den letzten Jahren hier entschieden worden sind, welche nicht gut gekommen sind? Es wird nur über Zahlen diskutiert. Wie viele an der Gemeindeversammlung teilnehmen usw. Es geht darum, wo ist der Erfolg mit unserer Diskussion heute Abend. Das ist doch entscheidend. Es geht nicht nur um das System Stadtparlament oder Gemeindeversammlung. Das ist ihm bei Weitem zu wenig. Die Frage zu Abwesenheiten, das interessiert ihn. Wenn die Abwesenheiten der Parlamentarier beobachtet werden, dann werde es ihm himmeltraurig schlecht. Wirklich, wer vertritt uns dann? Er hat nichts gegen ein Parlament. Er respektiert die parlamentarische Arbeit und findet sie wichtig. Heute Abend sind es fast 500 Anwesende. Mit einem Parlament hätten 30 Parlamentarier über die Geschäfte von heute Abend entschieden. Was ist der Unterschied dieser Qualität? Es gibt Abweichungen zu Themen oder Umgehungen und man diskutiert über Parkplätze. Das ist doch egal. Das beschäftigt uns. Der Sprechende belastet es, dass ein Parlament in diesem Sinne für ihn im Moment nicht wählbar sei. Er kann nicht beurteilen, was die Qualität daraus ist. Es gehe nicht um Demokratie, alle reden von der Demokratie. Man kann demokratisch sein, wenn man irgendetwas sagt. Man kann demokratisch sein, wenn man einem Parlamentarier etwas sagt. Das ist ihm viel zu wenig. Es geht ihm um die Effizienz. Wenn ein Parlament eine wesentlich bessere und sachlichere Effizienz bringt, das ist ein Parlament und gleich, was es kostet. Er kann heute Abend schlecht entscheiden. Aus diesem Grund hat er gegen das Eintreten gestimmt. Vielleicht ist es die Lösung, dass dieses Geschäft an die Urne kommt, aber dann müsste noch mehr Substanz herangebracht werden. Nicht nur von diesen drei Prozent zu sprechen, welche in der Regel an der Gemeindeversammlung anwesend sind.

Sara Muff, SP

Den meisten geht es um die Frage, wie kann unsere Demokratie weiterentwickelt werden und vor allem auch, wie können wieder mehr Teilnehmende eingebunden werden? Die lebhafteste Demokratie, die soll mit der Zeit gehen und die Möglichkeit bietet nun ein Stadtparlament. Es ist falsch gerechnet worden. Heute Abend sind 465 von 7325 Stimmberechtigten, das sind 6,3 Prozent, anwesend. Sind diese Entscheide also demokratisch abgestützt? Und sind sie es, wenn häufig nur zwei Prozent anwesend sind? Alle abwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern sind nicht uninteressiert. Sie leisten vielleicht zu Hause Erziehungsarbeit oder sie arbeiten in einem Schichtunternehmen, in der Logistik oder in der Pflege. Häufig ist die Hürde zu hoch. In ihrem Umfeld hat sie nachgefragt bei jungen Menschen, warum sie noch nie an einer Gemeindeversammlung anwesend waren. Sie haben Respekt und etwas Angst hierher zu kommen. Auch die Sprechende habe immer ein mulmiges Gefühl, bevor sie etwas mitteilen möchte. Partizipation, das ist für sie nicht nur die Möglichkeit, sondern das ist die reale Teilnahme und im Moment liegt die Partizipation bei zwei, heute bei knapp über sechs Prozent. Im Moment liegt sehr viel Arbeit bei den Parteien und sie möchte allen Parteien dafür danken. Sehr wenige Schultern, welche sehr viel leisten für die Stadt Sursee. Sie schreiben Vernehmlassungen, reichen Initiativen ein, sind in ihrer Freizeit an Parteigesprächen. Ein Parlament kann Geschäfte von Anfang an begleiten und seine Perspektiven und Sichtweisen einbringen. Man erhält grösseren Gestaltungsspielraum und kennt einander in Sursee. Nach wie vor wird es möglich sein, mit diesen Mitgliedern, welche gewählt sind, zu sprechen und persönliche Meinungen einzugeben. Diese Sessionen oder Sitzungen werden öffentlich sein und bieten weiterhin Treffen und Austausch an. Die Zeit ist reif für ein Umdenken unserer Demokratie. Wir müssen wieder mehr Menschen einbinden und genau das Stadtparlament passt zu dem lebendigen Sursee. Wenn der Antrag zur Urnenabstimmung gestellt wird, gerade ein solch wichtiges Geschäft, bei diesem es um die Einbindung der Bevölkerung geht, sollte dieses unbedingt an die Urne geschickt werden. Dass alle die Möglichkeit erhalten, über dieses Geschäft abzustimmen. Auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, welche heute zu Hause ein krankes Familienmitglied pflegen, Nachdienst leisten oder grade mit dem LKW unterwegs sind.

Nicole Fischer, Wilemattstrasse 41

Wenn die Termine der Gemeindeversammlungen publik gemacht werden, werden diese bei ihr in den Kalender eingetragen. Das ist heute so und war auch vor 20 Jahren so, als noch ein Hüte für die eigenen Kinder organisiert werden musste. Man hat sich in die Botschaft eingelese aus Interesse, weil sie nicht einfach per Zufall in Sursee wohnhaft ist, sondern weil sie in Sursee lebt. Im Gegensatz zu vielen anderen 7000 stimmberechtigten Surseerinnen und Surseer. Sie hat die Möglichkeit gehabt, schon mehrmals an der Gemeindeversammlung aufzustehen und ihre Meinung zu vertreten. Sie hat diese Möglichkeit genutzt und ist froh darüber, dass sie das so gemacht hat. Als Person, welche Vollzeit arbeitet, wird sie in einem Parlament nicht Einsitz nehmen, nicht heute und nicht morgen. Sie wird nicht die Möglichkeit haben, ihre Meinung kundzutun, ausser wenn sie sich frei nimmt und an einer solchen Sitzung dabei ist. Die Sprechende ist ganz klar für die Gemeindeversammlung. Sie stehe jetzt da und sie habe eine Meinung und darf diese kundtun, vor allen Leuten. Sie ist froh und dankbar, wenn sie dies auch weiterhin so machen kann.

Mario Cozzio, glp

Für seinen Geschmack sind Voten gekommen, welche ein bisschen überemotional sind mit fast diktatorischen Verhältnissen, bei welchen die Demokratie der Schweiz in Frage gestellt wird. Es ist erschreckend zu hören von einem gewählten Repräsentanten, von einem Parlamentarier, dass er kein Vertrauen in ein Parlament hat. Er versteht nicht, wie so jemand in einem Parlament sitzen kann. Aber dies ist eine persönliche Einstellung. Der Prozess, wie es jetzt weitergehen könnte, wie folgt: Wird die Initiative angenommen, erarbeitet der Stadtrat und die Verwaltung den ausführenden Beschluss. Nach einem erneuten Ja an der Gemeindeversammlung im 2025 wird das Parlament installiert. Sollte das Parlament abgewiesen werden, dann ist es vom Tisch. Der Sprechende appelliert an die Surseerinnen und Surseer, haben sie den Mut, wir überweisen dieses Geschäft an das Volk und alle

Stimmberechtigten und mindestens 40 Prozent stimmen über dieses Geschäft ab. Dann haben wir legitimiert, welches System für Sursee gewünscht wird. Er stellt den Antrag, die Schlussabstimmung an die Urne zu überweisen.

2.5 Detailbehandlung

Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin

Werden Wortmeldungen gewünscht zu diesem Antrag an die Urne zu überweisen?

Es werden keine Wortmeldungen gewünscht.

2.6 Abstimmung

Dem Antrag zur Überweisung an die Urne müssen 2/5 der Teilnehmenden zustimmen. Nach der Pause wurde die Versammlung nochmals abgezählt. Die relevanten Zahlen für diese Abstimmung sind 450 Anwesende, 2/5 davon sind 180, welche die Überweisung an die Urne erreichen können.

Dem Antrag, die Schlussabstimmung an die Urne zu überweisen, stimmen 200 Stimmberechtigte zu. Das 2/5-Quorum wurde somit erreicht.

Die Schlussabstimmung findet an der Urne statt.

Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin

Eine interessante Diskussion ist geführt worden. Das System ist das eine, und was man daraus macht, ist das andere. Es hat Vor- und Nachteile. Wir sind uns alle einig, dass die Demokratie gefördert und gestärkt werden soll und dies ist ein wichtiger Grund für ein friedliches Zusammenleben. Eine gute Kultur miteinander zu pflegen, mit einem anständigen Umgang. Die Sprechende macht allen Anwesenden ein grosses Kompliment. Heute Abend haben 450 Personen miteinander wirklich gut diskutiert. Ein grosser Applaus dafür. Dieses Geschäft wird an die Urnenabstimmung vom am 9. Juni 2024 überwiesen. Nebst dem Sonderkredit hat das Stimmvolk die Chance, darüber abzustimmen. Alle werden sich die Fragen und die Punkte, welche heute diskutiert wurden, nochmals gut durch den Kopf gehen lassen. Weitere Diskussionen werden sicherlich geführt, damit wir weiterhin auf einem guten Weg sind und auch gute Entscheidungen getroffen werden können. Dies ist kein Selbstläufer und soll gut vorbereitet werden, bevor jeder seinen Entscheid trifft, welche Verantwortung und welche Rolle das Stimmvolk in dieser Geschichte jetzt und in Zukunft wahrnimmt.

3. Traktandum Umfrage

Der Stadtrat beantwortet an der Gemeindeversammlung Fragen, die ihm Stimmberechtigte bis spätestens 14 Tage zuvor mit der Bitte um eine öffentliche Stellungnahme schriftlich einreichen (Art. 21 Abs. 2 Gemeindeordnung).

Dem Stadtrat wurde bis zwei Wochen vor der Versammlung keine Anfrage zum Traktandum «Umfrage» eingereicht.

4. Traktandum Verschiedenes

- Sursee Forum
- Termine
 - o 28. April 2024, Kommunale Neuwahlen
 - o 27. Mai 2024, Gemeindeversammlung

C. Abschluss

Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin

Es werden keine weiteren Wortmeldungen aus der Versammlung gewünscht.

Schluss der Versammlung: 23.15 Uhr

Der Protokollführer



RA lic. iur. Bruno Peter

Stadtschreiber

- Präsentation
- Botschaft
- Stimmregisterabschluss

Genehmigungsvermerk nach § 114 Stimmrechtsgesetz

Das vorstehende Protokoll der Gemeindeversammlung wird dem Versammlungsbüro mit folgenden Hinweisen vorgelegt:

- a. Das Versammlungsbüro prüft und genehmigt das Protokoll unter Ausstand des Protokollführers.
- b. Die zustimmenden Mitglieder des Versammlungsbüros unterzeichnen den Genehmigungsvermerk.
- c. Mitglieder, die das Protokoll beanstanden, haben es innert 10 Tagen seit Vorlage durch Stimmrechtsbeschwerde anzufechten. Nach unbenutztem Ablauf der Beschwerdefrist gelten ihre Beanstandungen als gegenstandslos.
- d. Auf das Genehmigungsverfahren folgt die öffentliche Auflage nach § 115 Stimmrechtsgesetz.

Sursee, 19. März 2024

Der Protokollführer



RA lic. iur. Bruno Peter

Stadtschreiber

Geprüft und genehmigt:

Das Versammlungsbüro



Sabine Beck-Pflugshaupt

Stadtpräsidentin



Bernadette Aregger

Stimmzählerin



Gerold Fischer

Stimmzähler



Alexandra Müller-Studer

Stimmzählerin



Bruno Schwaller

Stimmzähler



Franziska Dober

Stimmzählerin



Harald Hächler

Stimmzähler



Philipp Oberson

Stimmzähler



Stephan Staffelbach

Stimmzähler